Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 60 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unseres Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 88 (1. Blatt) Sonnabend, den 16. April 1921 49. Jahrgang

Preuß. Landes-Versammlung.

(Sitzung vom 15. April.)

Die Regierung beantwortet zunächst eine Reihe von Anfragen. Auf eine Beschwerde des Abg. Lukassowitz (Deutschnatl.) über die Verhaftung des Führers des Heimatschutzverbandes in Waldenburg erwidert die Regierung, daß keine Pflichtverletzung des Regierungspräsidenten und des Landrats vorliege. — Der 6-Uhr-Ladenschluß, Anfrage Abg. Menzel-Stettin (Deutschnatl.), ist für einzelne Orte von dem Reichskohlenkommissar angeordnet und deshalb nicht ungesetzlich. — Eine Beschwerde des Abg. Hermann (D. Vp.), daß die Einrichtung weltlicher Schulen auf dem Umwege der Zusammenlegung von Klassen versucht werde, erklärt die Regierung für unbegründet. Der Reichsminister des Innern habe die Verfassungsmäßigkeit dieser Maßnahme anerkannt. — In erster Beratung wird der Staatsvertrag über den Uebergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich dem Finanzausschuß überwiesen.

Das Haus setzt sodann die Beratung über die Unruhen in Mitteldeutschland fort.

Minister Severing:

(Mit den Zurufen „Lump" von den Kommunisten empfangen, Pfuirufe bei den Sozialdemokraten.) Hätte Herr Gräf mir den Nachweis gebracht, daß der Aufstand vorher angekündigt worden sei, dann würde ich der Sünden schuldig sein, die mir von der rechten Seite vorgeworfen werden. Er hat sich aber lediglich auf unbeweisbare Zeitungsmeldungen gestützt. Wenn die Regierung auf Spitzelberichte hineinfallen wollte, so wäre sie rasch erledigt. (Zurufe rechts: „Hoffentlich ist sie es bald!") Ich bin von der Größe der kommunistischen Gefahr völlig überzeugt und gewillt, ihr mit allen Kräften entgegenzutreten. Die Vorbemerkungen, die von der rechten Seite getroffen sind, waren mindestens ebenso gefährlich wie die der Kommunisten. (Große Erregung bei den Deutschnationalen. Anhaltender Lärm.) Ich bin seit meiner frühesten Jugend Gegner der konservativen Partei gewesen, habe mir aber einen gewissen Respekt für die aristokratische Weltanschauung bewahrt. Wenn aber die Deutschnationale Partei von Kardorff dem Aelteren (Gelächter rechts) und Heydebrandt von der Lasa auf Herrn Gräf gekommen ist, so ist das eine geistige Bankerotterklärung. (Stürmischer Beifall links. Große anhaltende Unruhe rechts. Erregte Zwischenrufe des Abg. Gräf.) Die Maßregelung und Niederknüppelung der Arbeiterschaft in früheren Zeiten durch Ihre (zur Rechten gewandt) Regierung hat zur Bildung des Geistes geführt, der sich jetzt entladen hat. (Große Unruhe rechts. Lebhafter Beifall links.) Oberpräsident Hörsing hat jede Art von Verhandlungen abgelehnt. Bei Bekanntwerden des Amnestieversprechens habe ich den Oberpräsidenten sofort angewiesen, gegebene Zusicherungen zu annullieren. (Große Unruhe bei den Kommunisten.) In den ersten Tagen war der Einsatz der Schutzpolizei allerdings sehr bescheiden. Man schießt nicht mit Kanonen nach Spatzen. (Aha! links.) Das Gefecht in Gröbers fand in einem Augenblick statt, als die Schutzpolizei schon in einem Umfang herangezogen war, bei dem der Einsatz der Reichswehr nach Ansicht der Sachverständigen nicht mehr nötig war. Die Banden sind übrigens durch einen unterirdischen Gang in den Rücken der Schutzpolizei entkommen. (Zurufe rechts: „Nanu!" Heiterkeit.) Es ist diesmal ohne Reichswehr gegangen, und dieser Erfolg der preußischen Regierung ist der Rechten sehr unangenehm. (Zurufe rechts: „Auf den Erfolg können Sie stolz sein!") Die Rede des Abg. Gräf ist eine Zusammentragung von Unwahrheiten, Schiefheiten und Lügen. (Beifall links.) Wenn heute in Deutschland so viele fremde Arbeiter beschäftigt werden, so ist das letzten Endes auf das Bestreben der rheinisch-westfälischen Industrie und der ostpreußischen Großgrundbesitzer zurückzuführen. (Lachen rechts.) Man hat mir vorgeworfen, ich sollte das Eingreifen der Reichswehr hinausgeschoben haben. Mit meiner Einwilligung sind erhebliche Kräfte in Merseburg und Aschersleben eingesetzt worden. (Zurufe bei den Kommunisten: „Verbrecher!") Gegen den beabsichtigten Einsatz von Schutzpolizei in mehreren Kreisen der Provinz Sachsen haben nicht allein die Kommunisten Einspruch erhoben, sondern auch die Bauernschaft. (Hört! Hört! links.) Der Grund ist der: Die Schutzpolizei hat ein scharfes Augenmerk auf Wucher, Schieber und Schleichhändler gehabt. Dagegen der Widerstand der Bauernschaft. Die Warnung der sozialdemokratischen Parteifunktionäre fand am Abend vor der Beerdigung des Erschossenen Sylt statt. (Zuruf der Kommunisten: „ermordeten".) Ich protestiere gegen diese Bezeichnung. Ich habe den Oberbürgermeister gebeten, darauf hinzuwirken, daß die Berliner Arbeiterschaft der kommunistischen Generalstreikparole nicht Folge leiste. Die Regierung hält auch Agenten, die man gewöhnlich mit dem Namen „Spitzel" bezeichnet. Die Kommunisten entsenden Spitzel sogar in die Ministerien. Sie schleichen in die Räume der politischen Beamten, machen Abschriften und leiten sie nach Moskau. Die Kommunisten sind auch die intellektuellen Urheber der Attentate auf die Siegessäule. Bei den Attentätern hat man Mitgliedskarten der kommunistischen Partei gefunden. (Lärm bei den Kommunisten.) Die „Rote Fahne" fordert ihre Leser auf, die Transporte der Schutzpolizei unter allen Umständen zu verhindern. Es wird also zu Eisenbahnattentaten angeregt. Wollen die Kommunisten bestreiten, daß der Aufstand von ihnen beabsichtigt war und daß sie dazu gerüstet haben? Ein großer Kurierdienst nach Ostpreußen mit 52 Kurieren ist eingerichtet. Standgerichte sind nicht eingesetzt. Todesurteile sind nicht vollstreckt worden. Die Bedenken gegen eine Klassenjustiz sind leider nicht unbegründet. Leute, die den Roten Schrecken verkünden, haben aber kein Recht, sich über den „Weißen Schrecken" zu entrüsten. Ich werde alles tun, damit das deutsche Volk Ruhe und Brot bekommt. Solange die Rechte mit dem Säbel rasselt, liefert sie den Kommunisten Agitationsstoff. Die Kommunisten machen es umgekehrt. Selbst diese alberne Drohung mit der „Atempause". Lassen Sie doch diese Aufrufe in der „Roten Fahne" und diese zweistündigen Reden im Parlament. Sie sollten jetzt nach Ihrer Niederlage den Mund nicht so voll nehmen. Das, was Sie wollen, werden Sie nicht mit Dynamitbomben und Sprengungen erreichen. Wir wollen das Volk erziehen zur Selbstverantwortung und zur Demokratie. Davon werden wir uns nicht abbringen lassen, weder durch Drohungen von rechts, noch von links. (Beifall.)

Abg. Geschke (V. K. P. D.)

begründet eine Anfrage über die Verhaftung des Sylt, seinen Tod und die Bestrafung des Schuldigen. Er fordert die Uebernahme der Beerdigungskosten auf den Staat. Der Staatskommissar Weismann, der einige Erfahrung im Spiel und Verschiebung von Spielgewinnen hat, aber trotzdem die rechte Hand Severings ist, hat die Verhaftung Sylts veranlaßt. Der Beamte, der den Schuß auf Sylt abgegeben hat, hat schon einmal in Moabit einen Kommunisten bei einem angeblichen Fluchtversuch erschossen. (Abg. Paul Hoffmann, V. K. P. D., ruft unaufhörlich: „Hören Sie, Herr Severing! Der Beamte war ein Mörder!") Der Polizeipräsident glaubte einem Polizeibeamten mehr als einem Kommunisten. (Abg. Krüger (Soz.): Ich glaube Ihnen überhaupt nicht! Großer anhaltender Lärm bei den Kommunisten. Abg. Paul Hoffmann tritt vor den Polizeipräsidenten hin und ruft unaufhörlich: „Sie sind ein Mörder!" Der Polizeipräsident verläßt den Sitzungssaal. Abg. Paul Hoffmann wird zur Ordnung gerufen. Er erhält, als er dem Polizeipräsidenten nachruft: „Da verschwindet der Hallunke!" einen zweiten Ordnungsruf. Von der Leiche Sylts hat man sogar das Gehirn herausgenommen, um es für Studien zu benutzen. Vor den Augen seiner Frau wurde die Leiche seziert. Dem Mörder sind im Namen des Polizeipräsidiums größere Geldzuwendungen gemacht worden. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Sylt ist im Kampfe des Proletariats gegen die Reaktion gefallen. Er wird nicht der Letzte sein.

Abg. Franken (V. K. P. D.)

Traurig ist, daß sich Sozialdemokraten gefunden haben, die die Kommunisten verraten. Peter Zimmer, jene elende Kreatur, (minutenlanger, tosender Lärm. Fortgesetzte anhaltende Schlußrufe von Seiten der Mehrheitssozialdemokraten. Der Redner versucht vergeblich, seine Rede fortzusetzen. Er wird durch immer neue Schlußrufe daran gehindert.) Schließlich vertagt Vizepräsident Dr. Porsch die Sitzung auf eine Viertelstunde.

Zu Beginn der zweiten Sitzung erklärt Abg. Franken (V. K. P. D.), während der größte Teil der Abgeordneten den Saal verläßt: Wir stellen fest, daß Peter Zimmer das Einrücken belgischer Truppen veranlaßt hat. Wir werden den Nachweis für diese Behauptung erbringen.

Abg. Stieler (Zentr.):

während die Abgeordneten den Saal wieder betreten): Ich protestiere gegen den Versuch der Kommunisten, aus den Vorgängen eine Arbeitersrage zu machen. Arbeiterschaft und Verbrechertum ist nicht dasselbe. (Lebhafter Beifall.) Die Blutschuld der Kommunisten steht fest. Den Erzählungen über die Gegenrevolutionäre können wir keinen Glauben schenken. Für russische Interessen haben die Kommunisten Tausende von deutschen Arbeitern in Not und Elend und Hunderte in den Tod gehetzt. Als die Sache brenzlich wurde, drückten sich die Führer. (Zurufe rechts: „Wie immer!") Unser deutsches Strafgesetz hat solchen Verbrechern gegenüber nicht die notwendigen Strafen. Den Einsatz der Reichswehr wünschen wir nur in den dringendsten Fällen. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist Sache der Polizei. Daß Sondergerichte Klassenjustiz üben, wünschen auch wir nicht. Sie sollen aber schnell arbeiten. Nur gewerkschaftliche Arbeit kann die Arbeiterschaft richtig führen. Wir setzen Demokratie gegen die Diktatur einer Verbrecherbande. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Finkenzeil (D. Vp.):

Die Rede des Ministers war reine Parteipolitik. Auf Tatsachen ging sie nicht ein. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung mußte wissen, was in Mitteldeutschland bevorstand, als Herr Apfelbaum in Halle zum Aufruhr rief. Mitteldeutschland sollte das Aufruhrgebiet für die Weltrevolution sein. Noch im Januar war Herr Hörsing ganz ahnungslos. Nur vor dem Rechtsputsch fürchtet man sich. Die Kommunisten sind für die Taten des Lumpenproletariats verantwortlich. Sie haben unmittelbar zu den ganz gemeinen Verbrechen angereizt. Eine Niederträchtigkeit sind die von ihnen erzwungenen Lösegelder für die Geiseln. Die Schutzpolizei ist zu schwach gewesen. Für ihre Haltung gebührt ihr herzlicher Dank. (Beifall.) Die Hetze innerhalb der Arbeiterschaft gegen die Reichswehr verurteilen wir. Beispiellos war die Feigheit der Kommunistenführer; sie zogen sich bei jedem bevorstehenden Angriff in die sichere Etappe zurück. Die Kreise, die immer über den Hunger schreien, sollten dafür sorgen, daß nicht Werke zur Beseitigung des Hungers produktionsunfähig gemacht werden, wie beispielsweise das Leuna-Werk. Eine genügende Sicherheitspolizei muß dort und in ganz Mitteldeutschland bleiben. Auch die Reichswehr muß in Mitteldeutschland vermehrt werden. Der anständige Arbeiter wird auch anständig mit der Reichswehr verkehren. Die Häuser müssen systematisch nach Waffen durchsucht werden. Notwendig ist eine stärkere Ueberwachung der Ausländer, der russischen Gruppenführer, die sich überall in Mitteldeutschland herumtreiben. Hörsing hat jämmerlich versagt. (Zustimmung rechts.) Erfreulich ist, daß die große Mehrzahl der Arbeiter den Aufstand nicht unterstützt hat. Hoffentlich gesundet die Arbeiterschaft auch noch diesmal durch das Bekenntnis zum Deutschtum.

Abg. Dr. Schreiber (Dem.):

Diese kommunistischen Verbrechen dürfen nicht wieder vorkommen. Ein wohlorganisiertes Verbrechertum maßte sich die Gewalt an. Fest steht, daß es der Regierung gelungen ist, binnen 10 Tagen den Aufstand niederzuschlagen. Bei einem Gesamtverlust von 27 Toten und 21 Verwundeten. Mit geringeren Verlusten kann eine derartige Aktion kaum durchgeführt werden. Aus allen Ländern waren in Mitteldeutschland Elemente zusammengeströmt, die dort nicht bodenständig waren. In der verhetzenden Organisation suchte sich die Rechte und die äußerste Linke den Rang abzulaufen. Die Aktion ist politisch durchaus richtig durchgeführt worden. Die Vorwürfe, die man gegen den Oberpräsidenten Hörsing erhebt, sind auch gegen den deutschnationalen Regierungspräsidenten zu erheben, der die Zurückhaltung der Reichswehr veranlaßt hat. Die außerordentlichen Mittel der Regierung finden durchaus unsern Beifall. Das Verhalten der Kommunisten ist eine glatte Heuchelei. Wer sich außerhalb des Rechts stellt, kann nicht mehr an das Recht appellieren. Mit polizeilichen Mitteln allein wird auf die Dauer eine Befriedigung des Landes nicht erreicht werden. Die Bekämpfung des moskowitischen Verbrechertums ist eine Lebensfrage für das ganze deutsche Volk. (Beifall.)

Sonnabend 12 Uhr: Abgeordnetenentschädigung. Fortsetzung der Aussprache über die Unruhen in Mitteldeutschland.

Die Kabinettsbildung in Preußen.

(TU) Ministerpräsident Stegerwald machte den seitherigen Koalitionsparteien die Mitteilung, daß er zweierlei nicht tun könne. Er bilde kein Kabinett, das als eine Fortsetzung der alten Koalition angesehen werden könne, weil dafür neben den gestern veröffentlichten Gründen nach bald zweimonatigen Verhandlungen die Möglichkeit verbaut sei. In positiver Hinsicht schlug Stegerwald vor: Es wird ein Ministerium gebildet aus drei politischen Persönlichkeiten: Stegerwald, Severing und Fischbeck. Daneben sollen die drei bisherigen Koalitionsparteien je einen parlamentarischen Staatssekretär stellen, damit zur Erörterung reichspolitischer Fragen im Kabinett eine ausreichende Zahl politisch orientierter und erfahrener Männer vorhanden sei. Die übrigen vier Ministerien sollen mit Beamten besetzt werden, die sich verpflichten, die Reichsverfassung und die preußische Verfassung in der Stunde der Gefahr mit staatlichen Machtmitteln nach allen Seiten hin zu verteidigen. Führt auch dieser Vorschlag nicht zum Ziel, dann ist Stegerwald entschlossen, bis zur Erledigung der Sanktionen ein Kabinett von Uebergangsministerien zu bilden, in das in Gesinnung und Leistung erprobte Männer berufen werden, die bei der Vertrauensfrage dem Landtage die Entscheidung überlassen.

Was die deutschen Gegenvorschläge enthalten sollen.

(TU) In Berliner politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Vorarbeiten zu den neuen deutschen Gegenvorschlägen, mit denen sich jetzt das Wiederaufbauministerium, das Reichskabinett und die Sachverständigen befassen, nach zwei Richtungen hin bewegen dürften. Zunächst wird ein möglichst klarer und praktisch ausführbarer Plan für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich umrissen. Sodann wird die Möglichkeit festgestellt, innerhalb deren Deutschland mit den Kräften seiner Leistungsfähigkeit dem unmittelbaren Geldbedürfnis der Alliierten, besonders Frankreich, soweit dieses Geldbedürfnis aus der Verschuldung an Amerika zu erklären ist, entgegenkommt. Alle Meldungen französischer und deutscher Blätter, in denen mehr als diese beiden Richtlinien der Vorarbeiten angegeben sind, können mit Fug und Recht als freie Kombinationen bezeichnet werden. Interessant ist aber, daß auffallende Personalveränderungen im Auswärtigen Amt und im Reichsfinanzministerium erfolgt sind oder erfolgen werden. Die Ministerialdirektoren von Simson und Stockhammer haben Urlaub angetreten, von dem sie angeblich nicht mehr an ihre alten Wirkungsstätten zurückkehren werden.

England am Scheidewege.

Anknüpfend an die Unterhauserklärung Lloyd Georges, daß keinerlei Uebereinkommen mit Frankreich bezüglich der gegen Deutschland anzuwendenden Zwangsmaßnahmen getroffen worden sind, schreibt die Morning Post:

Die englische Regierung steht augenblicklich vor der Frage, ob sie Frankreich unterstützen oder in Untätigkeit beiseite stehen will. Der Vormarsch ins Ruhrgebiet wird ein kritischer Punkt in der Geschichte Englands und ein Scheideweg sein. Wenn England zu Frankreich halte, sei die Entente bestätigt. Frankreich und England bleiben dann nicht nur Freunde, sondern Alliierte. Wenn England jedoch beiseite stehe und Frankreich gestatte, allein vorzugehen, dann öffne England einen Spalt, der sich mit jedem neuen Schritte erweitern müsse. Belgien, das in weit größerer Versuchung stehe, werde sich wohl ohne Zögern an die Seite Frankreichs stellen. Der einzige ungewisse Faktor sei England, und England könne nach der Erklärung Lloyd Georges auf der Londoner Konferenz kein ungewisser Faktor sein. Auf die damaligen mutigen Worte Lloyd Georges müßten jetzt Taten folgen.

Der englische Bergarbeiterstreik.

(TU) Reuter meldet aus London, daß eine Abordnung von 16 Mitgliedern der Arbeiterschaft Lloyd George in der Downingstreet aufgesucht hat. Die Sitzung dauerte eine halbe Stunde. Die Teilnehmer weigerten sich, irgend welche Mitteilungen zu machen, doch ließ sich ein Gefühl der Erleichterung bei ihnen nicht verkennen.

Weiter wird berichtet: Die Besprechung, die gestern in der Downingstreet stattgefunden hat, hat den Eindruck erweckt, daß die Verhandlungen wahrscheinlich wieder aufgenommen werden. Hodges hat, wie verlautet, einigen Mitgliedern des Parlaments erklärt, daß die Bergarbeiter bereit seien, die Lohnangebote der Zechenbesitzer zu prüfen und unter Umständen einer Regelung auf der Grundlage von distriktweisen Lohntarifen zuzustimmen. Diese neue Wendung in der kritischen Lage läßt hoffen, daß die Verhandlungen wieder aufgenommen werden und der Ausbruch des Streikes somit verhindert wird.

Der auf Freitag abend 10 Uhr angesetzte Streik der Eisenbahner und Transportarbeiter wurde abgesagt. Als Grund dafür gab der Sekretär des Maschinisten- und Heizerverbandes die Weigerung der Bergarbeiter an, trotz des Anratens des Nationalverbandes des Eisenbahnerverbandes, des Transportarbeiterverbandes und der Organisation der Maschinisten und Heizer, in weitere Verhandlungen einzutreten. Einer Exanchemeldung zufolge, soll der Generalsekretär des Bergarbeiterverbandes Hodges zurückgetreten sein. Bezeichnend für die plötzliche Wendung der Lage ist die Tatsache, während im Unterhause im Verlaufe der Debatte über die Streiklage der Bergarbeiterführer Clynes sagte, daß es ein Akt der Treulosigkeit des Arbeiterbundes sein würde, die Bergarbeiter im Stich zu lassen, daß Parlamentsmitglied Wesley Wilson die Nachricht brachte, daß der Arbeiterbund die Bergarbeiter im Stich gelassen habe. Diese Nachricht verbreitete sich rasch im Unterhause. Clynes erfuhr sie erst, als er seine Rede beendet hatte. Im Unterhause verlas Lloyd George einen Brief des Bergarbeiterbundes, dem zufolge ein Ausgleich nur möglich ist, falls ein nationales Lohnamt errichtet, und die Nationalisierung zugestanden wird. Der Bund sei daher überzeugt, daß die Besprechung mit den Grubenbesitzern einen Erfolg nicht zeitigen könne.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 16. April. (Verschiedenes.) Um auch Söhnen unbemittelter Familien die Möglichkeit zu gewähren, sich der **Laufbahn des höheren Verwaltungsbeamten zu** widmen, hat der preußische Finanzminister in den nächstjährigen preußischen Haushaltsplan einen Fonds einstellen lassen, aus dem Regierungsreferendaren im Falle der Bedürftigkeit widerrufliche laufende Unterhaltungszuschüsse gewährt werden können. Außerdem hat sich der Finanzminister damit einverstanden erklärt, daß denjenigen Regierungsreferendaren, denen während der Ausbildungszeit ein voller Arbeitsteil zur selbständigen Erledigung übertragen wird, die also eine volle Arbeitskraft ersetzen, während der Dauer dieser Tätigkeit Vergütung aus dem Hilfsarbeiterfonds gewährt werden können. Für die Referendare der übrigen Verwaltungen (Gerichts-, Berg-, Forst-, Studienreferendare usw.) ist eine ähnliche Regelung getroffen. Bewerbungen um Annahme als Regierungs-Referendar sind an einen der Regierungspräsidenten in Königsberg, Potsdam, Frankfurt a. O., Stettin, Breslau, Merseburg, Hannover, Schleswig, Münster, Kassel, Düsseldorf oder Köln zu richten.

(Luther-Gedenkfeier.) Sonntag, den 17. April, feiert die evangelische Gemeinde die 400jährige Wiederkehr des Tages von Worms, an dem Luther sein bedeutsames Bekenntnis von Kaiser und Reich ablegte. Am Morgen sind Festgottesdienste in der Paulus- und Lutherkirche, (siehe Annonce), am Nachmittag 4 Uhr ist eine Festversammlung im Evgl. Vereinshause mit einer Aufführung „Luther in Oppenheim" (der letzten Station vor Worms), mit Gedicht- und Liedervorträgen und Ansprachen. Auch der Kirchenchor wird dabei mitwirken. Montag, den 18. April, ist ein Festgottesdienst für die Schuljugend. Es steht zu erwarten, daß die Gemeindeglieder sich zahlreich an der Feier beteiligen.

(Güterverkehrssperre.) Nach einer amtlichen Mitteilung vom 7. April 1921 ist die Annahme für Eil- und Frachtgut aus den Bezirken Köln und Essen und nördlichen und nordöstlichen Bezirken nach und über Strecke Köln-Eiffeltor, Bingerbrück sowie aus Bezirk Köln über Oberlahnstein gesperrt.

Erstattungsanspruch weiblicher Versicherter der Angestelltenversicherung im Falle der Heirat.

Bei den vielen Ehen, die jetzt geschlossen werden, verdient die Bestimmung des Versicherungsgesetzes für Angestellte besonders hervorgehoben zu werden, wonach weiblichen Versicherten, die infolge Verheiratung aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden, unter gewissen Voraussetzungen ein Anspruch auf Erstattung ihrer Beitragshälften zusteht. Im vergangenen Jahr sind bei dem Rentenausschuß Berlin der Angestelltenversicherung rund 24 800 Anträge auf Erstattung eingegangen. Ueber 18 500 derartige Anträge konnte im gleichen Zeitraum durch anerkennenden Bescheid stattgegeben werden. Durchschnittlich sind es etwa 450 Mark, die den einzelnen verheirateten weiblichen Versicherten wieder erstattet werden konnten, eine Summe, die immerhin manche kleine Anschaffung für den neuen Haushalt ermöglicht und daher von jeder Berechtigten gern entgegengenommen werden wird. Aber dieses Recht des Anspruchs auf Erstattung ist an gewisse Voraussetzungen geknüpft, die erfüllt sein müssen. Ein Haupterfordernis ist, daß die Versicherte ihre versicherungspflichtige Beschäftigung infolge Verheiratung aufgegeben hat, wobei es ohne Bedeutung ist, ob das Ausscheiden aus der Beschäftigung einige Zeit vor oder selbst einen beträchtlichen Zeitraum nach der Verheiratung erfolgt ist. Es muß nur zwischen Verheiratung und Ausscheiden ein ursächlicher Zusammenhang bestehen, der daher, falls er nicht ohne weiteres ersichtlich ist, bei der Stellung des Antrages besonders betont und begründet werden muß. Ein weiteres Haupterfordernis ist, daß vor dem Ausscheiden die Wartezeit erfüllt ist, d. h., daß für mindestens 60 Monate Versicherungspflichtiger Beschäftigung Beiträge gezahlt sind, oder wenn das nicht der Fall ist, daß dann zusammen für mindestens 90 Monate Pflicht- und freiwillige Beiträge entrichtet sind. Schließlich muß auch die Anwartschaft aufrechterhalten sein, d. h. es müssen bis zum Ausscheiden in jedem Kalenderjahre mit Ausnahme des ersten Beitragsjahres mindestens 8 Beitragsmonate durch Beiträge oder Ersatztatsachen (z. B. Krankheit) nachgewiesen sein. Jede in der Angestelltenversicherung versicherte weibliche Angestellte, die sich verheiraten will und von dem Anspruch auf Erstattung ihrer Beitragshälften Gebrauch machen will, wird also zweckmäßig vor ihrem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung prüfen, ob bei ihr die vorstehenden Voraussetzungen sämtlich erfüllt sind. Stellt sie z. B. fest, daß für sie bis jetzt erst für 58 Monate Pflichtbeiträge gezahlt worden sind, so wird sie lieber noch 2 Monate länger in der versicherungspflichtigen Beschäftigung bleiben und gegebenenfalls die Heirat um diese kurze Zeit ausschieben. Stellt sie fest, daß in dem einen Jahr nur 6 Monatsbeiträge für sie gezahlt worden sind (weil sie z. B. das andere halbe Jahr ohne Stellung war), so muß sie noch vor ihrem Ausscheiden die fehlenden 2 Beiträge als freiwillige nachentrichten. Dann aber kann sie getrost den Antrag auf Erstattung beim Rentenausschuß Berlin der Angestelltenversicherung Berlin-Wilmersdorf, Nikolsburgerplatz 2 unter Beifügung ihrer Versicherungskarten und einer standesamtlichen Heiratsurkunde (die für diesen Zweck gebührenfrei angefertigt wird) einreichen, und sie wird nicht enttäuscht werden, wie vielleicht die eine oder andere ihrer Freundinnen und Kolleginnen, die diese Bestimmungen nicht genügend kannte und daher abgewiesen werden mußte.

(Lehrplan für die Grundschule.) Zur Aufstellung der Lehrpläne für die Grundschule hat der Minister für Volksbildung jetzt eingehende Richtlinien aufgestellt. Sie sollen alsbald durchgeführt werden. Als gemeinsame Schule für die ersten vier Schuljahre soll die Grundschule eine grundlegende Bildung vermitteln, an die die Volksschule wie die mittleren und höheren Schulen anknüpfen können. Die Lehrgegenstände sind Religion, Heimatkunde, deutsche Sprache, Rechnen, Zeichnen, Gesang, Turnen und für die Mädchen des dritten und vierten Schuljahres Nadelarbeit. Wo Moralunterricht oder Unterricht in Lebenskunde in Schulen ohne Religionsunterricht, bekenntnisfreien, weltlichen Schulen oder in anderen Schulen für Kinder eingeführt wird, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, soll dieser wie der Religionsunterricht Erzählstoff in den Mittelpunkt stellen. Die Heimatkunde soll auf den erdkundlichen, naturkundlichen und geschichtlichen Unterricht vorbereiten. Auch der Sprachunterricht soll in engster Verbindung mit dem Sachunterricht gehalten werden. Lehrziel beim Rechnen ist Sicherheit in den vier Grundrechnungsarten. Für den Gesang bleibt der Lehrplan von 1914. Die Zahl der Stunden beträgt in den vier Schuljahren 18, 22, 26 und 28.

(Bevorstehende Erhöhung der Prozeßkosten.) Vom Reichsverband des deutschen Handwerks wird geschrieben: Nachdem mit Wirkung vom 1. Januar 1921 die Sätze des Preußischen Gerichtskostengesetzes betreffend freiwillige Gerichtsbarkeit mit 200 Prozent Zuschlag versehen sind, ist in allernächster Zeit die Erhöhung der Sätze des deutschen Gerichtskostengesetzes um 200 Prozent zu erwarten. Danach werden alle Prozeß-, Zwangsvollstreckungs- und Konkurskosten, natürlich auch die Anwaltskosten um 200 Prozent erhöht, und zwar mit rückwirkender Kraft. Alle am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes noch laufenden Prozesse fallen für diejenige Instanz, in der sie anhängig sind, voll unter diese Erhöhung. Da das Inkrafttreten sehr bald nach Bekanntgabe des Gesetzes erfolgen wird, werden viele Prozeßparteien nicht mehr Zeit finden, sich zu einigen, um dadurch die Schärfe des Gesetzes für sich abzuwenden. Zurzeit im Prozeß befindliche Parteien werden sich daher zu überlegen haben, ob nicht eine sofortige gütliche Beilegung desselben angebracht ist. Jeder Prozeß ist ein Spiel. Niemand kann vorher bestimmen, welche Partei obsiegen wird. Allerdings ist es sehr schwer, in Streit verbissene Gegner zu vergleichen. Soweit Prozesse über Nichterfüllung von Verträgen in Frage kommen, mögen die Streitenden beachten, daß das Reichsgericht das bislang streng eingehaltene Prinzip der unbedingten Vertragstreue durchbrochen hat, wonach sich die Aussichten vieler Streitenden erheblich verschlechtern. Es ist wohl anzunehmen, daß angesichts dieser abnormen Verteuerung der Prozeßführung die meisten Parteien den schwebenden Prozeß vergleichen möchten. Es fehlt da nur die Mittelsperson. Keiner von den Streitenden will den Anfang machen, weil er fürchtet, dadurch seine Position zu verschlechtern. Es dürfte sich daher empfehlen, den streitenden Parteien nahezulegen, die Vorsitzenden der Berufsvereine, der Innungen, Handwerksämter usw. zu bitten, unverzüglich Vergleichsverhandlungen einzuleiten. Höchste Eile tut not, da die Kostenerhöhung in der allernächsten Zeit erwartet wird. Natürlich wird diese Kostenerhöhung für unser gesamtes Rechtswesen von tief einschneidender Bedeutung sein. Man wird und muß sich vom Prozeß abwenden und die Streitigkeiten allgemein durch Berufsschiedsgerichte schlichten lassen.

(7½ Millionen Obstbäume in Westfalen.) Dem Obstbau ist bisher im Deutschen Reiche, mit Ausnahme weniger Landstriche, bei weitem noch nicht die Aufmerksamkeit geschenkt worden, die ihm entgegengebracht werden muß. Was für ein ungemein wichtiges Nahrungsmittel das Obst ist, hat uns eigentlich erst der Krieg gelehrt. Das lehren uns aber auch die wahren Phantasiepreise, die wir jetzt für Obst aller Art bezahlen müssen. Der Verbrauch an Obst ist während der Kriegszeit ganz erheblich in die Höhe gegangen, einesteils, weil es als Ersatz für andere fehlende Nahrungsmittel dienen mußte, anderenteils aber bedingt der stark verminderte Alkoholverbrauch einen größeren Obstverbrauch. Nun reichte aber schon vor dem Kriege unsere einheimische Obsterzeugung nicht aus. 1913 wurde der Obstverbrauch in Deutschland auf rund 67½ Millionen Zentner berechnet. Davon wurden im Inlande rund 50 Millionen Zentner erzeugt, während 17½ Millionen eingeführt werden mußten. Diese Einfuhr fehlt heute fast gänzlich. Dem höheren Bedarf steht also eine geringere Menge gegenüber. Daher kommen auch die ungeheuren Obstpreise. Wie gering das Interesse am Obstbau in Deutschland war, zeigt die amtliche Statistik. Danach wurden in ganz Preußen im Jahre 1913 nur 108 Millionen Obstbäume gezählt. Das macht auf den Hektar 3,1 Bäume. Die größte Obstbaumzucht hat die Provinz Sachsen mit 16,3 Millionen Bäumen (6,4 auf jeden Hektar), die geringste Zahl wies Ostpreußen auf mit nicht ganz 4 Millionen Bäumen (1 Baum auf jeden Hektar). Ein stark erhöhter Obstbau ist im Interesse unserer gesamten Volksernährung unbedingt notwendig. Die Provinz Westfalen hatte 1913 zusammen 7 466 000 Obstbäume (3,7 Bäume auf jeden Hektar). Davon waren 3 860 575 Apfelbäume, 1 010 974 Birnbäume, 2 069 098 Pflaumen- und Zwetschenbäume, 366 239 Kirschbäume, 17 030 Aprikosenbäume, 72 741 Pfirsichbäume und 69 131 Walnußbäume.

(g) **Hamm, 16. April. (Das weitere Schicksal von „Maximilian".)** Eine Betriebsversammlung der Arbeiter und Angestellten der Zeche fand am Montag auf der neuen Schachtanlage statt. In dieser wurde einhellig die erfolgte Kündigung als ungesetzlich abgelehnt und zur weiteren Verhandlung mit der Zechenverwaltung eine Kommission gewählt. Im Verwaltungsgebäude der Zeche „Maximilian" fand eine Sitzung statt, die sich mit dem Beschluß der Generalversammlung der Maxhütte auf Stillegung der Zeche und der Anweisung an den Direktor der Zeche zum Abbruch und Verkauf aller Maschinen und Materialien, soweit diese durch die Stillegung frei werden, beschäftigte. Von der Bergbehörde waren anwesend Bergrat Dr. Middelschulte, von der Zechenverwaltung Bergassessor Lohse und vom Betriebsrat Fahrhauer Dröder. Ferner waren Vertreter der verschiedenen Arbeiterorganisationen erschienen. Dem über die Sitzung aufgestellten Protokoll entnehmen wir: „Die Anwesenden erörterten die durch die Verwaltung der Maxhütte beschlossene Stillegung der Zeche „Maximilian", Bergrat Dr. Middelschulte wies darauf hin, daß eine Stillegung und irgend eine Abbruchsmaßnahme nicht vorgenommen werden dürfe, bevor nicht dem Demobilmachungskommissar in Arnsberg Anzeige gemacht worden wäre und dieser die Genehmigung erteilt habe. Die entsprechende Anzeige ist dann von Assessor Lohse telegraphisch aufgegeben. Herr Borgschulze erklärte, daß man sich auch schon mit dem Regierungspräsidenten König in Arnsberg als Demobilmachungskommissar in Verbindung gesetzt habe. Dieser würde heute oder morgen hier erscheinen. Assessor Lohse betonte ausdrücklich, daß er in vollem Umfange sich nach dem Auftrage seiner Verwaltung richten und die Stillegung energisch durchführen müsse. Die erschienenen Vertreter der Arbeiterschaft erklärten, daß sie gegen jegliche Stillegung des Betriebes in vollem Umfange protestieren und sie mit allen gesetzlichen Mitteln zu verhindern suchen würden."

(W) **Dortmund, 15. April. Ein Vertretertag des Westfälisch-Lippischen Handwerksbundes,** an dem etwa 200 Vertreter des gesamten Handwerks aus Rheinland und Westfalen teilnahmen, faßte folgende Entschließung: „Die aus ganz Westfalen und Lippe zahlreich versammelten Vertreter des Westfälisch-Lippischen Handwerksbundes protestierten auf das entschiedenste gegen die übermäßige Belastung der Handwerksbetriebe mit Gemeinde-Abgaben und erwarten von dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe, daß er den Organen der Selbstverwaltung Anweisung dahin gibt, solchen Gewerbesteuerbeschlüssen von Stadt- und Gemeindevertretungen die Genehmigung zu verweigern, die über den Rahmen des Ertragbaren hinausgehen. Die Versammlung hält Betriebe mit unter 15000 Mark Ertrag überhaupt nicht mehr für geeignet, einen Zuschlag von über 100% zu entrichten. Sie erhebt ferner dagegen Einspruch, daß die Finanzämter dazu übergehen, fast alle handwerksmäßigen Betriebe in eine höhere Gewerbesteuerklasse zu versetzen, ohne daß Ertrag und Anlagekapital dazu Anlaß geben. Eine sofortige Revision des Gewerbesteuergesetzes ist unbedingt erforderlich." Die Vertreterversammlung beschloß, im Juni oder Juli des Jahres einen Bundestag abzuhalten, der eine Massendemonstration gegen die übermäßigen Steuerlasten und gegen die Gefahren der Kommunalisierung und Sozialisierung werden soll. Der Bundestag findet auf Antrag des Kreishandwerkerbundes Bielefeld in Bielefeld statt.

s **Dortmund, 15. April. (Geheime Schnapsbrennereien.)** Auf der Anklagebank nahmen der Fabrikarbeiter und Händler Wilhelm Tewes, sein Onkel, der Händler Ignaz Lange und seine Mutter, die Witwe Maria Tewes, Platz. Nach den Feststellungen hat Wilhelm Tewes mit finanzieller Unterstützung des Ignaz Lange in einem von seinem Onkel August Lange in der Kielstraße 25 angeblich für einen nicht ermittelten Günther gemieteten Lagerraum Mitte November v. J. Brennereiapparate aufgestellt, ohne davon der Steuerbehörde die vorgeschriebene Anmeldung zu machen, und hat dann etwa 10 Tage aus Rübenkraut Schnaps gebrannt, wobei Lange mitgeholfen hat. Die Polizei ist durch die Nachbarschaft, die durch den sich verbreitenden Schnapsgeruch aufmerksam geworden war, von der geheimen Schnapsbrennerei verständigt worden und beschlagnahmte am 26. November die Brennereigeräte und Schnapsvorräte usw. Wilhelm Tewes ließ sich dadurch nicht entmutigen, in der gewinnbringenden Schnapsbrennerei fortzufahren. Bald hatte er sich neue Apparate beschafft, die er in der mütterlichen Wohnung Bornstraße 42 aufstellte. Nachdem er einige Zeit gebrannt, kam auch hier die Polizei auf seine Schliche. Im März verfiel auch diese Brennereieinrichtung nebst einem Posten Branntwein der Beschlagnahme. Das Wuchergericht erkannte gegen Wilhelm Tewes auf insgesamt 15000 Mark Geldstrafe und 6 Wochen Gefängnis, gegen Ignaz Lange auf 6500 Mark Geldstrafe und gegen Frau Tewes auf Freisprechung wegen Mangels hinreichender Beweise. — Eine geheime Schnapsbrennerei hat auch der frühere Schlosser Theodor Vieth in Dortmund betrieben. Gelegentlich einer Versteigerung in dem Hause Mühlenstr. 25 will er von einem gewissen Jäger, der nicht aufzufinden ist, aufgefordert worden sein, gegen einen Tagelohn von 100 Mark Schnaps für ihn zu brennen. Der Aufforderung habe er entsprochen und rund zwei Monate lang aus Rübenkraut Schnaps hergestellt, bis am 15. Dezember v. J. die Polizei die Schnapsbrennerei entdeckte und die Hand auf die Brennereieinrichtung, den fertigen Branntwein und die noch vorhandenen Materialien legte. Nachdem er 5 Tage in Haft gewesen, sann er darauf, anderwärts eine Schnapsbrennerei einzurichten. Zu seinem Glück lernte er auf einer Fahrt nach Dülmen den Schweinehändler Andreas Kaczierka in Lünen-Süd kennen, der sofort bereit war, seinen Keller Saarbrückerstraße (Lünen) für den Betrieb zur Verfügung zu stellen und auch gelegentlich hilfreiche Hand zu leisten. Vieth beschaffte die nötigen Apparate und stellte sie auf. Alsbald war auch das nötige Rübenkraut usw. zur Stelle, sodaß am 1. Februar 1921 die Schnapsbrennerei ihren Anfang nehmen konnte. Hier war die Lünener Polizei schon nach 11 Tagen findig und machte dem verbotenen Betrieb ein Ende. Das Wuchergericht verhängte gegen Vieth eine Gesamtstrafe von 1 Monat Gefängnis und 20000 Mark Geldstrafe, gegen Kaczierka eine Geldstrafe von 5000 Mark.

! **Hagen, 15. April. Ehrgeiz und Großmannssucht** brachten, so schreibt das „Westf. Tgbl.", den 30jährigen Ingenieur Hans Arnold Schramm vor das Hagener Schwurgericht. Die Stadt Lüdenscheid hatte die Stelle des Direktors für das Elektrizitätswerk ausgeschrieben und im Sommer 1919 bewarb sich Sch. darum. Er legte sich den Titel Dr. ing. zu, fertigte Abschriften selbstverfaßter Zeugnisse an und den Auszug aus einer Matrikel der Münchener Hochschule, machte sich auch durch Aenderung des Taufscheins um acht Jahre älter. In seinem Lebenslauf war u. a. angegeben, daß er die Elektrizitätswerke in Nagasaki (Japan) angelegt und geleitet habe. Sch. kam auf Grund seiner Papiere und des persönlichen Eindrucks in die engere Wahl und erhielt schließlich die Stelle übertragen. Er hat sie von Herbst 1919 bis Oktober 1920 versehen, verlobte sich mit der Tochter eines Berliner Geheimrats und würde noch heute in Lüdenscheid sitzen, wenn er nicht in Renommiersucht verfallen wäre, durch die der Schwindel aufgedeckt wurde. Er erzählte der Tischgesellschaft, daß er Verbindungsstudent sei und verriet sich durch die Unkenntnis studentischer Bräuche, er erzählte einem Admiral, er sei U-Boot-Kommandant gewesen und verwickelte sich in Widersprüche. Schließlich schöpfte man Verdacht, zog jetzt, was bei der Einstellung versäumt worden war, Erkundigungen ein und der Dr. ing. war erledigt. Sch., dessen Gehaltsbezüge knapp waren, hat auch in der Zeit seiner Lüdenscheider Gastrolle den Aufgeldern, über die er als Vertrauensmann des Reichskohlenkommissars verfügte, etwa 25 000 Mark entnommen, das Geld aber zum Teil zurückgegeben. Die Geschworenen sprachen ihn der schweren öffentlichen Urkundenfälschung und des Betrugs unter Zubilligung mildernder Umstände schuldig. Das Gericht zog in Erwägung, daß dem Angeklagten die Durchführung seines Schwindels außerordentlich leicht gemacht worden ist und erkannte auf zehn Monate Gefängnis und vier Wochen Haft (für die Titelanmaßung), rechnete ihm aber die volle Untersuchungshaft mit fünf Monaten an.

! **Kierspe, 13. April. (Aus der französischen Hölle zurückgekehrt.)** Der Unteroffizier Otto Dweer, Sohn der Witwe Dweer, wohnhaft in Bollwerk, ist jetzt, nachdem er sich über 6 Jahre in französischer Kriegsgefangenschaft befunden hat, in die Heimat zurückgekehrt. Dweer war einer der Leidensgenossen aus dem berüchtigten Strafgefangenlager Avignon in Südfrankreich. Weil er bei einem Fluchtversuch zur Stillung seines Hungers ein Brot entwendet hatte, dafür erhielt er von einem französischen Kriegsgericht 2 Jahre Zwangsarbeit.

! **Gelsenkirchen, 12. April. (Beim Spielen in den Tod.)** Der sieben Jahre alte Sohn der Witwe Nowarryk geriet beim Spielen unter ein Kanalrohr, das die Kinder in Rollen gebracht hatten. Der Kleine wurde vollständig zerquetscht und auf der Stelle getötet.

** **Bochum, 15. April. Ueber den Grubenunglück auf Zeche Konstantin** zu Tode Gekommenen befindet sich auch der stud. med. Kurt Lauffs von hier. Er benutzte seine Ferienzeit dazu, um in praktischer Arbeit sich nützlich zu machen. Mit seinen Arbeitskameraden hat er im Flöz Sonnenschein den Tod gefunden.

(bu) **Wanne, 11. April. (Ein Eisenbahnbeamter in Schieberdiensten.)** Im [illegible] Jahre trieb ein gewisser Kaufmann [illegible] Gelsenkirchen und Umgebung einen umfangreichen Schieberschwindel in Lebensmitteln aller Art und insbesondere in Ammoniak. Dieses [illegible] bei übte er in der Weise aus, daß er Landwirten und Genossenschaftsverbänden Ammoniak zur Lieferung von Lebensmitteln anbot. Die [illegible] wirte und landwirtschaftlichen Verbände [illegible] zum Teil wie vereinbart, die Lebensmittel, [illegible] die versprochene Gegenleistung in Ammoniak aus. Die geschäftlichen Machenschaften des [illegible] triebsamen Mannes erstreckten sich nicht über die nähere Umgebung, sondern weit [illegible] das Land, über Westfalen, Hannover, Sachsen bis zum Osten des Reiches. Zeitweilig gab sich als Vertreter und Ankäufer großer [illegible] dustrieller Werke des rheinisch-westfälischen [illegible] dustriegebietes aus und zeigte dann entsprechende Vollmachten vor. In Wirklichkeit aber hatte der Mann keinen Sack Ammoniak zur Verfügung und war auch gar nicht in der Lage, Ammoniak zu liefern. Diese Eigenart Straftaten verurteilte ihn im letzten Herbst zu einer [illegible] ren Gefängnisstrafe. Bei den Schwindeleien [illegible] Nählen sich die Dienste des Eisenbahnassistenten Fritz Kallinke, der auf Bahnhof Wanne angestellt war, nutzbar gemacht. Dieser [illegible] falsche Frachtbriefe ausgestellt, mit denen Nählen das Vorhandensein der Ammoniakwaggons vortäuschte. Der unehrliche Eisenbahnbedienstete wurde zu 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

(bu) **Buer, 11. April. (Trinkgelage nach einem Einbruch in einem gutversorgten Keller.)** Mittels Einbruchs wurden einem Kaufmann in der Breddestraße in der Nacht zum 6. Mts. ca. 100 Flaschen Wein, 30 Flaschen Likör, 3 Schinken, Seiten Speck, 40 Pfund Schmalz, 50 [illegible] Weckgläser mit verschiedener Wurst, 7 Schinkenmagen und 50 Eier aus seinem Keller gestohlen. Eine Flasche Schnaps, eine Flasche Sekt und etwa 20 Eier tranken die Diebe gleich am Tatort aus.

** **Lüdinghausen, 15. April. Eine schwere Explosion** ereignete sich abends 9 Uhr im benachbarten Selm, Teichstraße. Eine mit einem gefährlichen Sprengstoff gefüllte Flasche, die die Frau eines Bergmanns als „Wärmeflasche" ansah und in den Ofen des Herdes erwärmen wollte, explodierte unter furchtbarem Knall. An dem Hause den große Zerstörungen verursacht. Eine Fläche des Hauses ist fast ganz abgedeckt, Wände sind zum Teil zertrümmert und [illegible] beschädigt. Mann und Frau erlitten erhebliche Brandwunden, ein sechsjähriges Kind ist [illegible] verletzt. Die Flasche soll vor einigen Jahren einem Flieger gekauft worden sein.

(g) **Münster, 16. April. Die** [illegible] **Märztage des Vorjahres,** die auch in [illegible] Erregung hervorriefen, hatten vor dem Schwurgericht ein Nachspiel für den 19jährigen Hermann Fritz Pieper aus Ahlen, der Mordes angeklagt ist. Am 15. März nämlich der Landwirtssohn Clemens [illegible] hoff bei einer Zusammenrottung der Bauern durch einen Schuß aus einem Karabiner getötet worden. Diesen Schuß soll Pieper gegeben haben. Die erste Verhandlung dieser Angelegenheit stand bereits im Januar dieses Jahres an. Es wurde aber zur Beendigung von Entlastungszeugen Vertagung beantragt und beschlossen, sodaß sich jetzt die Geschworenen zum zweiten Male mit der Anklage zu beschäftigen hatten. In den Putschtagen ging das Gerücht auf, daß bei dem Landwirt [illegible] in der Bauerschaft Rosendahl bei Ahlen Schießgewehre in der Scheune aufbewahrt werden. Auf großen Lastkraftwagen fuhren [illegible] hundert Arbeiter zu dem Gehöft, der schon eine größere Volksmenge sich versammelt hatte. Auf die Aufforderung zur Herausgabe der Waffen folgte seitens des jungen [illegible] ein Schreckschuß. Der Landjäger Mundt [illegible] vermittelnd einzugreifen und nahm einige Personen aus der Menge mit in das [illegible] Haus, wo sich inzwischen die Bauernwehr gesammelt hatte. Nach längeren Verhandlungen erklärte sich diese schließlich bereit, die Waffen an den Landjäger abzuliefern. In diesem Augenblick fiel ein Schuß, den Pieper dem Landwirt Menke abgegeben haben soll, der mit einem Jagdgewehr auf seinem Hofe stand und die Menge zurückhielt. Menke ging der Kugel am Ohr vorbei. Die im Hause anwesenden Mitglieder der Bauernwehr weigerten sich nun, die Waffen abzugeben, da sie diese zum eigenen Schutz gebrauchen wollten. Es fiel das Kommando aus der Bauernwehr, daß die Mitglieder ausschwärmen und schießen sollten. Es fielen einige Schüsse aus dem Hause. Pieper war aber der Landwirtssohn Clemens [illegible] hoff bereits mit dem Gewehr in den Händen gegangen. Mit einem Aufschrei kehrte [illegible] rück und hielt die Hand auf der Brust, sank zusammen, wurde ins Haus getragen, war nach kurzer Zeit tot. Diesen Schuß haben ebenfalls Pieper abgegeben haben, da dieser allein mit einem Karabiner bewaffnet gewesen sein soll. Pieper, der bereits in der Verhandlung bestritten hat, diesen Schuß abgegeben zu haben, blieb auch heute bei seiner Aussage, da er nur eine Patrone gehabt haben will. Das Urteil lautete wegen Totschlags auf [illegible] Jahre Gefängnis.

Nr. 88
Zweites Blatt

Kamener Zeitung

Sonnabend, den 16. April 1921

Statt Karten.

Ingenieur
Max Frauenlob
Emmy Frauenlob
geb. Rumpff
Vermählte.

Sonntag, den 17. April 1921.

Cleve (Rhld.) Triftstr. 1 — Kamen i. W., Oststr. 7.

1809

Wilhelm Hagemeier jr.
Möbel-Ausstattungs-Geschäft

Verkaufsräume Unna u. Kamen — Schreinerei Gesellschaftsstr.

1447

Möbel-Ausstellung

in 3 neuzeitlich eingerichteten Ausstellungshäusern.
Meine Musterzimmer sind vorbildlich, durch grosse Einkäufe meine Läger reichlich, meine Preise niedrig.

Heinrich Herlitz,
Werkstätten für Handwerkskunst,
Hamm (Westf.).

Steuer-Erklärungen

werden sachgemäß
: angefertigt von :
Wilhelm Debus, Weststraße 46.

1834

„Felke-Heilweise"
Naturheilkunde u. Homoöpathie
Sprechstunden in Kamen
Restaurant Bunghardt, Bahnhofstraße 40, jeden Montag und Donnerstag von 12—4 Uhr
96 **W. Schürmann.**

Viehdiebstahlsversicherung
auf der Weide und im Stall einschließlich der Verluste durch Abschlachten und Blitzschlag, sowie

Weideversicherung
gegen Tod und notwendig werdendes Töten ebenfalls mit Einschluß der Blitzgefahr

zu festen, billigen Prämien
empfiehlt die **Perleberger Versicherungs-Aktien Gesellschaft,** Vertragsgesellschaft des Bundes der Landwirte (jetzt Reichslandbund). 1848

Nähere Auskunft hierüber sowie alle weiteren Möglichkeiten der Viehversicherung erteilt die **Perleberger Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, General-Agentur, Dortmund, Kaiserstraße 31,** Telephon 7501 sowie Vertreter **H. Wiesmann, Overberge.**

Tapeten-Reste
hat abzugeben
Drogerie Thiel.

1843

Fußballhüllen und Blasen
bei Friedrich Möckling, Nordstr. 34. 1833

Zweizöllige Erdkarre, 1 eichenes 4-Flügel-Fenster (1,05×1,95), eine Glastür, 1 Kellerfenster, 60 Stück Winkeleisen (1,50 bis 2 Meter) und eine Schiebkarre
zu verkaufen. 1853
Näheres in der Geschäftsstelle.

Grosser Preissturz!
9 Pfd. Nordmark-Käse pro Pfd. Mk. 7,20. 9 Pfd. Holsteiner-käse pro Pfd. Mk. 6,80. 9 Pfd. Dän. Fett-Käse pro Pfd. Mk. 11,20. 9 Pfd. ger. fetten Speck pro Pfd. Mk. 11,90. 9 Pfd. ger. Bauchspeck pro Pfd. Mk. 12,90. 9 Pfd. Schweineschmalz pro Pfd. Mk. 11,90. 9 Pfd. Speise-Talg pro Pfd. Mk. 10,30. 9 Pfd. gesalzene Schweinsköpfe pro Pfd. Mk. 7,95 liefert unter Nachnahme ab hier **Heinrich Krogmann, Nortorf (Holstein).** 857



Sonntag u. Montag sind große und kleine
Schweine
zu haben bei i1836
von der Heide,
Schlachthofstraße 44.

Hautjucken
Krätze beseitigt man in 3—4 Tagen mit **Leupin.** Garant. geruchlos. Tausende von Dankschreib. Dose Mk. 10.—, Tee Mk. 4.— genügt für eine Kur. Vorzügl. a. bei Flechte, Hämorrhoiden, Beinschäden, Ausschlag etc. **All. Fabr. A. Stricker, Brackwede i. W.** Niederlage: Löwen-Drogerie W. Kirkmann Germania-Drogerie Jacobi.

Ein schwerer
Ackerwagen
zu verkaufen. 1831
Zu erf. i. d. Gesch. d. Z.

Leinöl
ist bedeutend billiger geworden. 1842
Drogerie Thiel.

Auf Teilzahlung
bei bequemen Abzahlungen
Herren- u. Burschen-
Anzüge
Cutaways
Covercoats
Gummi-Mäntel
u. Manufakturwaren
Max Mischkowski,
Dortmund,
Steinstr. Nr. 60
Bequeme Abzahlung!

1754

Holzverkauf
Haus Velmede.
Dienstag, den 19. ds. Mts., nachm. 5 Uhr, soll im Distrikt Maisundern in der Nähe der Herrn Buckheiwerschen Wohnung
120 rm Eichen- u. Kiefernstangen
zu Frechtungen und Brandholz nummerweise meistbietend verkauft werden.
Töddinghausen, den 14. April 1921.
1839 **Blödorn.**

Eine
Wohnung
von 3—4 Zimmern mit Zubehör gesucht. p1745
Hohe Miete und eine Belohnung wird gezahlt.
Offert. unter Nr. **1775** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Siegellack
in guter Qualität
: : empfiehlt : :
Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Pianino
preiswert zu verkaufen.
Karl Ebel & Sohn,
1772 **Unna.**

Ein gut erhaltenes
Herren-Fahrrad
ohne Bereifung billig zu verkaufen. 1832
Klosterstr. 4.

---

1 Milchschaf mit Lamm
zu verkaufen. 1837
Zu erfragen in der Geschäftsst. der Kamener Ztg.

Suche zum 1. Mai für leichte Hausarbeit ein
Mädchen 1838
von 14—16 Jahren, welches zu Hause schlafen kann.
Frau Ernst v. d. Heide.
Lünenerstr. 238.

Tücht. Mädchen
für Küche und Hausarbeit wegen Erkrankung des jetzigen zum baldigen Eintritt geg. hoh. Lohn gesucht.
Näheres zu erfragen am **Bahnhof 6,** Büro. 1851

Wegen Erkrankung des jetzigen suche ich für sofort eine 1805
Haushälterin.
Klosterstraße 4.

Habe in meinem Garten und Land für immer
Gift gelegt.
Peter Neuheisel,
1846 **Bergkamen,**
Hoeterstraße 16.

Persil
wäscht schneeweiß,
ersetzt Rasenbleiche,
schont und erhält die Wäsche,
spart Arbeit Seife u. Kohlen.
Bestes selbsttätiges
Waschmittel
Preis Mk. 4.— das Paket.
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Stadtverordneten-Sitzung
am **Montag, den 18. April 1921, nachm. 4 Uhr** in der Aula des Realproghmnasiums.

Kamen, den 15. April 1921.

Der Stadtverordneten-Vorsteher
Hußmann.

Tagesordnung:

1. Friedhofserneuerung.
2. Bau weiterer Häuser mit Hilfe von Staatszuschüssen.
3. Notetat für das 1. Vierteljahr des neuen Rechnungsjahres.
4. Erhöhung der Wasserpreise.
5. Vergebung der städtischen Fuhrleistungen.
6. Vertrag über Wegebau-Beiträge mit der Siedlungs-Treuhandstelle.
7. Vertretungskosten für Herrn Lehrer Fluhme.
8. Vertretungskosten für den verstorbenen Rektor Steube. 1850

Das beste Geschenk!
Große Auswahl in
Romanen, Erzählungen und Dichtungen
von:

Rudolf Herzog	Courths-Mahler
Walter Bloem	Anny Wothe
Ludwig Ganghofer	Klara Viebig
Paul Keller	Thea von Harbou
Hermann Löns	Frdr. Lehne
J. C. Heer	Ebner-Eschenbach
Gustav Frenssen	R. H. Bartsch
Diedrich Speckmann	Wilhelm Raabe
Hermann Sudermann	Cäsar Flaischen
Ernst Kahn	

empfiehlt die Buchhandlung der
Kamener Zeitung,
Kamen, Weststraße 10.

Westfalen und Rheinland.

Mord und Anstiftung zum Morde.

Dortmund, 16. April. Mit einem Kapitalverbrechen hatten sich die Geschworenen Donnerstag zu befassen. Voraussichtlich dauert die Verhandlung gegen den Arbeiter Paul Niedenzu aus Hamm wegen Mordes und gegen den Wagenaufseher bei der Staatsbahn Friedrich Middendorf aus Hamm noch Freitag und Sonnabend an, bevor auf Grund des umfassenden Indizienbeweises das Urteil gefunden werden kann. Nach dem Eröffnungsbeschluß vom 14. März d. J. wird Niedenzu beschuldigt, am 8. September 1920 die Ehefrau Middendorfs vorsätzlich getötet und die Tat mit Ueberlegung ausgeführt zu haben, Middendorf, den Niedenzu durch Geschenke oder Versprechungen zu diesem Morde angestiftet zu haben. Niedenzu erklärt auf die Frage des Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Claasen, was er auf die Beschuldigung zu erwidern habe: „Ich habe es nicht getan!" Middendorf erwidert: „Ich weise es entschieden zurück, was mir zur Last gelegt wird". Vorher verliest Middendorf auf an ihn gerichtete Fragen: Ich habe 1905 geheiratet. Bis zum Jahre 1915 lebte ich zwar nicht glücklich aber ordentlich. Erst von 1915 ab hatte ich Verkehr mit anderen Frauen, so auch 1918 mit einer Frau Bettendorf, die nicht ohne Grund von ihrem Manne mit einer Anzeige wegen versuchten Gattenmordes und Kindesmordes bedroht wurde und sich an mich um Rat wandte. Ich sagte ihr, sie solle ihren Mann beseitigen, damit wir uns vereinigen könnten. Sie bemerkte, daß auch meine Frau beseitigt werde. Ich habe schließlich beruhigend zu der Frau Bettendorf geäußert: „Ja, ja, ich will den Mann erschießen, dann ist er aus der Welt. Um ein Unglück vorzubeugen, will ich ihn dann unter die Kleinbahn legen". Meine Frau sollte Gift bekommen. Bei all dem habe ich mir keine Gedanken gemacht. Ich habe das Verhältnis mit Frau Bettendorf gelöst, weil mir dadurch Unannehmlichkeiten in meinem Dienstverhältnis entstanden. 1919 lernte ich auf der Bahn ein Frl. Becker kennen, mit der ich in Berlin während eines Urlaubs in intime Beziehungen trat. Ich hatte mich ihr unter falschem Namen genähert und korrespondierte auch so mit ihr. Als meine Frau verschwunden war, ließ ich Frl. Becker nach Hamm kommen, gestand ihr, daß ich sie betrogen habe, und überredete sie, die Führung meines Haushalts mit dem Ziele späterer Verheiratung zu übernehmen. Als Frl. Becker nach Berlin zurückfuhr, wurde verabredet, daß sie binnen einem Monat ihre dortige Stellung aufgeben solle. Inzwischen bin ich in Berlin gewesen, um die Angelegenheit zu beschleunigen. Am 9. September habe ich nicht nach meiner Frau gesucht, da ich annahm, daß sie irgend wohin gegangen und geblieben sei, um mich zu kränken, und schon wiederkommen werde. Erst am 10. September erzählte mir Frau Bettendorf, daß Niedenzu sich mit meiner Frau getroffen habe. Ich habe es nie überwinden können, daß meine Frau mir eines Tages sagte, ich sei nicht der Vater des einen Kindes. Meine Frau ist mir, vor allem in der Kriegszeit, nicht treu geblieben. Ich habe das nicht nur gehört, sondern auch gesehen. Deshalb bin auch ich untreu geworden. Es hat allerlei Zwistigkeiten gegeben, bei denen beiderseits Selbstmordgedanken geäußert wurden. Meine Frau drohte mir häufig, in den Kanal gehen zu wollen, um mich für irgend etwas gefügig zu machen. Niedenzu erklärt: Ich kenne Middendorf seit etwa 2 Jahren. Schon vorher habe ich gehört, daß seine Eheverhältnisse nicht gut wären. Ich bin oft bei Middendorfs gewesen und auch mit der Frau des öfteren außer dem Hause zusammengetroffen. An dem Tage des Verschwindens ersuchte mich Frau Middendorf, zu ihr zu kommen, wenn ihr Mann weg wäre. Middendorf hatte seiner Frau vorgetäuscht, daß er nach Herne fahren wolle, wo sie ihn schon dreimal getroffen. — Middendorf: Ich bin in Herne nie gewesen. Ich habe meine Frau nicht dorthin gefahren, wenn ich gesagt, dorthin fahren zu wollen. — Niedenzu: Um 9 Uhr abends habe ich dann Frau Middendorf auf der Nordstraße getroffen. Mir schien, als befände sich ein Herr in ihrer Gesellschaft befand. Sie rief mich an, als ich vorbeikam, und fragte mich eingehend nach den Verhältnissen am Kanal. Ich habe ihr diese nochmals genau erklärt, sie dann die Nordstraße entlang bis zur Brücke über die Lippe begleitet und ihr von da aus links den Fußweg zur Eisenbahnbrücke gezeigt. Während ich nach der Stadt zurückging, ist Frau Middendorf den Weg am Kanal entlang gegangen. Später bin ich meinem Freund Bußmann in der Stadt begegnet. Als ich am Tage darauf mit Middendorf zusammentraf, habe ich ihm alles mitgeteilt. Dann wollten wir seine Frau in der Mark, bei den Eltern usw. suchen. Auf Vorhalten, daß die Eltern Middendorfs behaupten, Niedenzu hätte ihnen erklärt, Frau Middendorf, in den Kanal gestoßen zu haben, sie von hinten gepackt und ins Wasser geschmissen zu haben, erwidert Niedenzu: „Das ist ganz ausgeschlossen. Es ist vielleicht hin und her gesprochen worden, wie Frau Middendorf, wenn sie an den Kanal gegangen, ums Leben gekommen sein könne." Auch das sei unwahr, daß er einem Polizeibeamten mitgeteilt habe, Middendorf habe ihn beauftragt, seine Frau zum Hasen zu bestellen. Weiter wird dem Niedenzu vorgehalten, zu seinem Freund Twittenhoff, der eine unliebsame Mieterin Lukowski gern aus dem Hause gehabt hätte, gesagt zu haben: Das ist ganz einfach, das machen wir ebenso wie mit Frau Middendorf. Ferner soll ihm Twittenhoff 1000 Mark versprochen haben, wenn er die Frau beiseite brächte. Die Sache ist, sagt Niedenzu, nicht zur Ausführung gekommen, es ist auch keine derartige Vereinbarung getroffen worden. Zwei Sachverständige, die die am 17. September im Kanal gefundene Leiche der Frau Middendorf untersucht haben, können nichts darüber bekunden, ob die Frau eines gewaltsamen Todes gestorben. Spuren von Gewalttätigkeiten haben die Sachverständigen an der stark in Verwesung übergegangenen Leiche nicht bemerkt. Aus den Zeugenaussagen ist die des Bergmanns Josef Bußmann hervorzuheben. Dieser ist mit Niedenzu gut bekannt geworden und am Tage nach dem Verschwinden mit ihm zusammengetroffen. Niedenzu hat ihm aufgefordert, zu sagen, wenn er von der Polizei vernommen werde, daß er Niedenzu am Abend vorher auf der Großen Weststraße getroffen und ihn bis zum Bahnhof begleitet habe. Er gab dazu die Erklärung, daß Frau M. mit einem anderen Manne, den sie fürchte, durchgehen wolle, er sie deshalb begleiten solle, daß davon aber niemand etwas wissen dürfe. Bußmann hat dann — Niedenzu hat ihm eine Belohnung von 20 Mark gegeben und für später mehr versprochen — auch in diesem Sinne bei der Polizei ausgesagt, ohne sich über die Bedeutung der Aussage klar zu sein. Später, als er den Sachverhalt erfahren, hat er aus freien Stücken seine Aussage widerrufen. — Niedenzu bleibt dabei, den Bußmann am 8. September abends in der Gr. Weststraße gesehen zu haben. Er sagt hinzu, daß Bußmann ihn täglich um Geld angegangen und häufig solches von ihm erhalten habe. Weiter erklärt er, eine vielleicht ähnliche Aeußerung wie die von Bußmann behauptete, getan zu haben, weil er befürchtete, nach dem Verschwinden der Frau M. zur Verantwortung gezogen zu werden. Bußmann will von Niedenzu aufgefordert worden sein, den Aufpasser bei Fahrraddiebstählen zu spielen. Die Schwester Bußmanns meldete sich aus dem Zuhörerraum als Zeugin dafür, daß Niedenzu einen unheilvollen Einfluß auf ihren dem geliebenen Angeklagten durchaus nicht gewachsenen 20jährigen Bruder ausgeübt habe. Wiederholt sei ihr Bruder vor dem Verkehr mit Niedenzu gewarnt worden, bis er endlich durch Schaden klug geworden. — Uebrigens ist auch Middendorf verschiedentlich gewarnt worden, sich zu sehr mit Niedenzu einzulassen. Die Verhandlung wurde hier um 7½ Uhr abends abgebrochen.

*

? **Lüdenscheid,** 16. April. **(Spitzbubenbesuch im Amtshause.)** Am Sonntag nachmittag zwischen 2 und 6 Uhr haben Diebe der Dienstwohnung des Amtmanns Krumm unter Verwendung von Nachschlüsseln einen Besuch abgestattet. Die Eindringlinge konnten, da niemand anwesend war, ungestört nachsuchen. Es fielen ihnen 6200 Mark bares Geld, Privateigentum des Amtmanns, in die Hände.

(bu) **Brakel,** 16. April. **(Auf dem ersten Schulgang schwer verunglückt.)** Der erste Schulgang im neuen Schuljahr am Sonnabend morgen ist einem siebenjährigen Mädchen zum Verhängnis geworden. In der Nähe des Bahnhofs waren zwei Pferde scheu geworden, sodaß der Fuhrmann die Herrschaft über sie verlor. Während es den anderen Schulkindern noch möglich war, auszuweichen, wurde dieses Mädchen von den Hinterrädern erfaßt und so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

(g) **Südkirchen,** 16. April. **(Schwerer Raubüberfall auf einen Bauernhof.)** In der Nacht von Samstag auf Sonntag drangen, wie die „Lüdinghauser Zeitung" meldet, drei Kerle in das Gehöft der Frau Witwe Landwirt Schäper gen. Beusemann in der Westerbauerschaft Südkirchen ein. Die Tochter, welche durch das Geräusch erwacht war und in der Dunkelheit mit den Räubern zusammenstieß, wurde mit mehreren Schüssen empfangen, die glücklicherweise sämtlich ihr Ziel verfehlten. Nachdem die Räuber den Aufenthalt der Frau Beusemann ermittelt hatten, wurden Mutter und Tochter aufgefordert, sämtliches Bargeld und Wertsachen herauszugeben, mit dem Erfolg, daß ihnen etwa 1500 Mark Bargeld ausgehändigt wurden. Dieser Betrag war den Banditen nicht hoch genug. Um noch mehr herauszupressen, wurden Mutter und Tochter in der fürchterlichsten Weise mißhandelt und gezwungen, anzugeben, wo die Wertsachen usw. sich befänden. Die Räuber durchwühlten sämtliche Schubladen und Behälter und nahmen alles, was ihnen irgendwie als wertvoll erschien, darunter folgende Gegenstände: 1450 Mark in bar, ferner 1 Damenuhr, 1 goldene Herrenuhr mit Sprungdeckel und silberner Kette, 1 silberne Armbanduhr, 1 silberne Damenuhr, 1 Münzbrosche, 1 Handtasche aus blauer Krepseide mit silbernem Bügel, 5 Paar Damenstrümpfe, 1 schweres Kostüm mit grünem Futter, ferner 25—30 Mettwürste, 2½ Seiten Speck, 1 Jagdgewehr und einen neuen Sack. Trotz sofortiger eifrigster Nachforschungen durch Polizeibehörde des Amtes konnten die Täter bisher nicht ermittelt werden.

? **Elberfeld,** 15. April. **(Schlägerei im Gerichtssaal.)** Durch rohe Mißhandlung eines ihm offenbar unbequemen Zeugen griff vor einiger Zeit der Kleinschmied Johann C. in Remscheid störend in eine Verhandlung am dortigen Amtsgericht ein. Es war in einem Zivilstreitverfahren, in dem C. einer der Prozeßbeteiligten war. Zeuge war der Kleinschmied D. Als dieser seine Aussage machte, sprang C., ein leicht erregbarer Mensch, plötzlich auf ihn zu und schlug wütend mit seinem Schirm so lange auf ihn ein, bis der Schirm zerbrach und der Mißhandelte, aus mehreren Wunden am Kopfe blutend, zusammenbrach. Infolge der Verletzungen war er eine Woche krank und arbeitsunfähig. Die Verhandlung mußte nach diesem unerhörten Angriff, der allgemeine Empörung hervorrief, natürlich abgebrochen und vertagt werden. Für C. hatte die Sache aber noch ein recht unangenehmes Nachspiel, denn er wurde wegen Körperverletzung unter Anklage gestellt und vom Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Berufung gegen dieses Urteil wurde von der Strafkammer kostenfällig verworfen.

** **Köln,** 14. April. **Die Ausdehnung der Verwaltungsarbeiten** hatte nach den Angaben des Oberbürgermeisters Adenauer einen solchen Umfang angenommen, daß es einer Reihe von Beigeordneten nicht möglich war, ihre Arbeit zu bewältigen. Um eine Vermehrung der hochbezahlten Beigeordnetenstellen zu vermeiden, wurden vor einiger Zeit die Stadtdirektorenstellen eingerichtet. Die Stadtdirektoren sollen zur Entlastung der Beigeordneten bestimmte Zweige selbständig bearbeiten. Ueber diese neuen Posten hat zwischen der mehrheitssozialistischen Rheinischen Zeitung und einigen kommunistischen Blättern eine Auseinandersetzung stattgefunden, und zwar darüber, ob es sich bei diesen neuen Stellen um Sinekuren handle oder nicht. Es sind nunmehr einige Mehrheitssozialisten zu Stadtdirektoren ernannt worden, und die Rheinische Zeitung betont, daß die Stadtdirektorstellen die Gewähr für eine bessere Abwicklung der Geschäfte bieten. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat nunmehr den Oberbürgermeister gebeten, auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung einen Antrag zu setzen, der die Abschaffung dieser Stadtdirektorenstellen fordert, um die Steuerzahler der Stadt Köln nicht durch unnütze Abgaben zu belasten.

? **Köln,** 11. April. **(Erwischte Diebe.)** Nachdem erst vor kurzem eine Spielhölle in der Schildergasse ausgehoben werden konnte, ist es der Kriminalpolizei jetzt wieder gelungen, eine Spielhölle in einem Hause an der Pützgasse aufzuheben. Gespielt wurde „Meine Tante, deine Tante". Bei dem Eintreten der Beamten flohen die meisten Spieler und versuchten, sich über die Dächer der Nachbarhäuser in Sicherheit zu bringen. Etwa 15 Spieler, worunter sich auch auswärtige befanden, wurden eingefangen und nach Feststellung der Personalien wieder entlassen.

Die Denkschrift Severings über die Vorgeschichte der Märzunruhen.

In der Denkschrift des preußischen Ministeriums des Innern über die Märzunruhen 1921 heißt es u. a.: Bereits im September war in Weißensee eine Kampforganisation der K. A. P. D. aufgedeckt. Infolge des Prozesses verpflichtete die Berliner K. A. P. D. von diesem Zeitpunkt an darauf, im geplanten Umfange größere Kampfverbände zu organisieren, da sie während des Prozesses sich immer mehr davon überzeugte, daß die Behörden über alle ihre Bestrebungen, insbesondere über die unter dem Deckmantel von Sportvereinen gegründeten Kampforganisationen unterrichtet waren. Im Ruhrgebiet, einem der Hauptherde der kommunistischen Bewegung, wurde im Januar nach vorhergegangenen langwierigen und schwierigen Ermittelungen zugegriffen und umfangreiche Kampforganisationen ausgehoben. Der Zugriff rief eine solche Beunruhigung in der K. A. P. D. hervor, daß, wie aus den kurz hiernach erlassenen Anordnungen der Partei hervorging, zunächst jede Tätigkeit dieser illegalen Kampforganisation eingestellt wurde. Bei dem Märzaufstand, den die kommunistischen Parteien beider Richtungen zu einer Generalaktion in ganz Deutschland ausnutzen wollten, blieb das rheinisch-westfälische Industriegebiet verhältnismäßig verschont. Ein von der sonst üblichen Form der Kampforganisation völlig abweichendes Bild und eine ganz andere Entwicklung der Dinge vollzog sich in Mitteldeutschland, dem Aufstandsgebiet der letzten Wochen. Hier befand sich von jeher ein starkes kommunistisches Zentrum. Es war der Staatsregierung bekannt, daß seit den Tagen des Kapp-Putsches größere Mengen von Waffen und Munition in den Händen der Arbeiterbevölkerung Mitteldeutschlands verblieben waren. Bei den Ermittelungen zeigte es sich mehr und mehr, daß es in Mitteldeutschland zwar Kampforganisationen nach Art der im Januar im Ruhrgebiet ausgebrochenen und in Frankfurt a. M. unschädlich gemachten nicht gab, daß aber die in fast allen Betrieben und in den Arbeiterkolonien nicht nebeneinander wohnenden Mitglieder der kommunistischen Partei oder der Allgemeinen Arbeiterunion Waffen besaßen und gesonnen waren, im Falle einer Erhebung die Waffen zu gebrauchen und sich zu Trupps zusammenzuschließen. Es muß betont werden, daß die Gefahr einer unmittelbar drohenden und aus sich heraus losbrechenden Aufruhrbewegung in Mitteldeutschland trotz der Hetze der Kommunisten zu keiner Zeit, auch nicht im März, anzunehmen war. Erst durch die Entsendung der Schutzpolizei nach Mitteldeutschland mit der Aufgabe, den immer mehr sich häufenden Uebergriffen und Gesetzwidrigkeiten, sowie dem anwachsenden Verbrechertum unter der Arbeiterschaft entgegenzutreten, kam der Stein ins Rollen. Der kommunistisch verhetzte Teil der Arbeiterschaft sah in dieser Belegung des Industriegebiets mit der Schutzpolizei einen willkommenen Anlaß zum Streik und Aufruhr. Seit Monaten von skrupellosen Hetzern bearbeitet, war der Boden für Aufruhr günstig vorbereitet. Die Spannung war, wie es sich jetzt zeigte, derartig, daß ein geringfügiger Anlaß die Entladung auslöste. Die Aufstandsbewegung in Mitteldeutschland hat klar und deutlich erwiesen, daß Reich und Staat starker zuverlässiger Machtmittel bedürfen, um die Ruhe, Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten. Besonders klar ist zutage getreten, daß neben dem auf hunderttausend Mann beschränkten Reichsheer starke und gutorganisierte Polizeikräfte unbedingt notwendig sind. Da die Führer der verbrecherischen Elemente ihre Aufruhrversuche sobald noch nicht aufgeben werden, ist es ein Gebot der Selbsterhaltung, der Entente gegenüber die Notwendigkeit einer starken Polizei, die nach Ausbau und Gliederung und Bewaffnung den ihr heute zufallenden Aufgaben voll gewachsen ist, immer wieder zu betonen. Die Gesamtverluste der Schutzpolizei vom 21. März bis einschließlich 31. März 1921 betrugen Tote: 24 Beamte, darunter 2 Beamte i. O., Verwundete 53 Beamte, darunter 22 Beamte i. O., vermißt ein Beamter i. U. Es wurden u. a. eingebracht: Gefangene einschließlich der Festgenommenen 3470, Gewehre 1250, Pistolen 10, Maschinengewehre 30, Munition 3200, Personenkraftwagen 3, Lastkraftwagen 11.

Nach den Feststellungen im Oberpräsidium in Sachsen betragen die Schäden an Gebäuden, Materialien und Bargeld während des Aufruhrs in der Provinz über 9 Milliarden Mark.

Eine französische Note gegen Oesterreich-Deutschland.

(TU) Der französische Gesandte Lefebre gab dem Bundeskanzler Mayr im Auftrage der französischen Regierung folgende Erklärung ab: Falls die österreichische Regierung nicht imstande sein sollte, die gegenwärtig auf den Anschluß an Deutschland abzielenden Umtriebe wirkungslos zu machen, so wird die französische Regierung die Sulsaktion für Oesterreich einstellen und die Reparationskommission wird in ihren Befugnissen vollständig wieder hergestellt werden. — Die Vertreter der englischen und der italienischen Regierungen schlossen sich dieser Erklärung des französischen Gesandten an.

Als die französische Note gegen den Anschluß in Wien bekannt wurde, kam es zu großen Demonstrationen. Eine nach Tausenden zählende Menge sammelte sich vor dem Landeshause und begleitete die Verlesung des Inhalts der Note mit stürmischen Pfuirufen. Die Zeitungen veröffentlichen Aufrufe mit der Ueberschrift: „Es gibt kein Zurück mehr!"

Deutsche Verräter am Vaterland.

Neuerdings kommen immer mehr Fälle von Denunziationen Deutscher durch Deutsche bei französischen Kriegsgerichten vor. Eine ganze Anzahl von Strafsachen, die letzthin vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz zur Verhandlung kamen, beruhten lediglich auf Anzeigen von deutscher Seite. Bei diesen überaus traurigen Vorgängen handelt es sich fast durchweg um Vergehen leichterer Art. Eine Anzahl Anzeigen lagen sogar vor, die durch Familienangehörige, ja selbst von Frauen gegen ihre Männer gemacht wurden. Diese widerlichen Angebereien sind selbst den französischen Kriegsgerichtsbeamten schon abfällig beurteilt worden. Ein Bankbeamter aus Sobernheim, ein früherer aktiver deutscher Offizier, war infolge Denunziation von deutscher Seite vom französischen Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er Teile eines auseinandergenommenen Revolvers nicht abgeliefert hatte. In der Berufung konnte nachgewiesen werden, daß es sich um eine Vergeßlichkeit handelte, da sonst nach Vorschrift alles abgeliefert worden war. Das Berufungsgericht hat zwar die Gefängnisstrafe aufgehoben, erhöhte aber die Geldstrafe auf 2500 Mark.

Deutsche Opfer der polnischen Gewaltpolitik.

Einer Bergwerksgesellschaft im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ging aus Oberschlesien folgender bezeichnender Brief zu:

„Durch die in Oberschlesien durch den polnischen Terror erfolgte Krise sehen sich etliche deutschgesinnte Oberschlesier veranlaßt, dieses terrorverseuchte Gebiet zu verlassen, um im inneren Deutschland ihr Brot zu suchen. Sein nacktes Leben wenigstens retten zu können, gestattet sich Unterzeichneter im Auftrage von noch drei anderen Flüchtlingen, dieses Schreiben der wohllöblichen Verwaltung zu unterbreiten, zwecks gefl. Unterbringung in Ihrer werten Verwaltung K . . ., Zimmerhäuer, S. . ., Häuer, S. . ., Schachtmaurer und L . . ., Büroassistent. Diese namhaft und beruflich aufgeführten Persönlichkeiten, fühlen sich durch ihre Deutschbekennung genötigt, Oberschlesien zu verlassen. Ganz besonders den Heimattreuen wird stark zu Leibe gegangen, trotz des eingesetzten Belagerungszustandes, ob im Hause oder auf Tour. Die Arbeitsstätte zu besuchen, ist unmöglich. Da die drei Erstgenannten nicht einfahren dürfen und können, weil diese von der polnisch gesinnten Belegschaft, die durch die Korfantysche Politik aufgehetzt sind, auf Schritt und Tritt verfolgt werden. Letztgenanntem als bekanntem Schriftführer der Heimattreuen ergeht dasselbe Schicksal auf der Tour zu seiner Arbeitsstätte. Von Schutz kann hier keine Rede sein, da der Kreiskontrolleur trotz vorstelliger entsandter Deputation der Heimatstreuen gewöhnlich mit der Antwort herauskommt, daß ihm sehr wenig Militärkräfte zur Verfügung ständen, und die Apo-Beamten zum Schutz herausschickt, von denen die Mehrzahl unzuverlässige polnische Elemente sind und anstatt die Internationalität zu wahren mit den polnischen Sokols sich vereinigen und die polnischen vorgesehenen Absichten noch unterstützen, wodurch die Deutschgesinnten dem unholden Pöbel wieder ausgesetzt sind. Beim Eintritt der Dunkelheit ist es nicht möglich, die Verkehrsstraße zu passieren, da man rücksichtslos mit Zaunlatten und Gummiknüppeln schwarz und blutig geschlagen oder mit Ziegelsteinen empfangen wird, und zuletzt fliegen noch die Handgranaten durch die Fenster ins Haus, wie es schon bei vielen zu verzeichnen ist, wie auch bei dem Erstgenannten. Selbst mit der Schußwaffe versehen ist man wehrlos, da die Bojowka-Banden gruppenweise die Straße zu Rad passieren und nach ihrer Beute wie hungrige Wölfe lechzen. Diese Zustände sind hier in Oberschlesien an der Tagesordnung und die deutschgesinnte Beamten- und Arbeiterschaft der polnischen Wollust ausgesetzt. Durch die schlaflosen Nächte und Nichtverdienst — alle vier sind wir verheiratet — setzt man sich und die Familie ins reine Elend und wir ersuchen deshalb um gefl. Berücksichtigung. Einem baldgefl. Bescheid entgegensehend, zeichnet hochachtungsvoll i. A. J. L."

Einträglicher Valutaschmuggel.

(TU) In Angelegenheit der in Wien verhafteten Valutaschmuggler wurde festgestellt, daß der verhaftete angebliche Journalist Germain der größte Schieber der Gegenwart ist. Germain zeigte Visitenkarten vor, nach denen er angeblich Spezialberichterstatter von 6 englischen Blättern ist. Auf der Polizei erklärten die Verhafteten, daß sie Bevollmächtigte der englischen Regierung seien, und drohten mit der Einleitung diplomatischer Schritte. Beinahe wäre ihnen ihre Freilassung gelungen, wenn man nicht bei ihnen ein Petschaft gefunden hätte, wodurch der Beweis erbracht war, daß die anscheinend englischen Amtssiegel gefälscht waren. Die Erhebungen haben ergeben, daß die Verhafteten eine lange Reihe derartiger Schwindeleien gemacht haben und bei einem einzigen Schwindlergeschäft nicht weniger als 300 Millionen Kronen geschmuggelt haben. Montag wollten die Verhafteten 22 Mill. Kronen nach Deutschland schmuggeln, um durch die Kursdifferenz einen Reingewinn von sechs Millionen zu profitieren. Für das Geld wollten sie wieder fremde Valuten kaufen, um dann neuerdings die österreichischen Kronen zurückzukaufen, nachdem die auf den Markt gebrachten 22 Millionen unbedingt auch einen Preisrückgang der Kronen in Deutschland zur Folge gehabt hätten. Als Mithelfer der Schmugglerbande wurde der polnische Rechtsanwalt Kowran und ein gewisser Mansberger verhaftet, welche die Millionen für den Schmuggel hergaben.

Weitere Nachrichten.

— **(Für volle Aufhebung der Zwangswirtschaft.)** Nachdem gestern der bayrische Landwirtschaftsminister im Wirtschaftsausschuß des Landtags erklärt hatte, daß die Freigabe der Getreidewirtschaft für Bayern durchaus möglich sei, nahm der Ausschuß einen Antrag an, in dem die Regierung ersucht wird, die Zwangswirtschaft für Milch nach Sicherstellung der Versorgung von Säuglingen und Kranken und die Zwangswirtschaft für Getreide und Zucker aus der Ernte 1921 grundsätzlich aufzuheben.

— **(Was wird aus den früheren deutschen Reichskanzlern?)** So kann man jetzt bald fragen, wo es heißt, daß der Reichskanzler a. D. Gustav Bauer der Vertreter der Großeinkaufs-Gesellschaft der deutschen Konsumvereine werden soll. Wir haben heute sieben ehemalige Reichskanzler. Fürst Bülow lebt auf seiner Besitzung in Klein-Flottbeck bei Hamburg, Dr. Michaelis ist Oberpräsident im Ruhestande, Prinz Max von Baden ist in seinem Heimatlande ansässig. Ebert, der einen Tag Reichskanzler und dann Vorsitzender des Ausschusses der Volksbeauftragten war, ist Reichspräsident, Scheidemann Oberbürgermeister von Kassel, Bauer will, wie gesagt, zum Handel übergehen, Hermann Müller ist Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Der heutige Reichskanzler Fehrenbach, der als Parlamentarier zur Zentrumspartei gehörte, war im bürgerlichen Beruf Rechtsanwalt.

— **(Versammlungsverbot für Heeresangehörige.)** Der Reichswehrminister hat unter dem 1. April eine Verfügung erlassen, in der auf Grund des § 86 des Wehrgesetzes allen Angehörigen des Reichsheeres, Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen verboten wird. Zu den politischen Vereinen, denen die Soldaten nicht angehören dürfen, zählen hiernach beispielsweise: sämtliche Organisationen der politischen Parteien, also sowohl die Zentralverbände wie auch die Landes- und Ortsgruppen, der Nationalverband deutscher Offiziere, der Verband nationalgesinnter Soldaten, der republikanische Führerbund, die Offiziersvereinigung der deutschen Republik. Ist dem Soldaten zweifelhaft, ob es sich um einen unter dies Verbot fallenden politischen Verein handelt, so hat er sich an seine vorgesetzte Dienststelle zu wenden und ihre Entscheidung abzuwarten. Tritt er trotz vorhandener Zweifel einem Verein, der als politischer Verein zu gelten hat, ohne weiteres bei, so hat er Bestrafung wegen Nichtbefolgung dieses Befehls zu gewärtigen. Der deutsche Offiziersbund (D. O.B.) und der Reichswirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten (R. D. B.) sind demnach für die Angehörigen der Wehrmacht nicht verboten.

— **(Eine Wiederaufbaugeschichte.)** Das Pariser Blatt Oeuvre erzählt folgende Geschichte aus den zerstörten Gebieten: Ein skandinavisches Land vor der Stadt Reims gratis 20 Millionen Mauersteine an. Reims nahm dieses Geschenk dankbar an. Aber als die Steine kommen sollten, wurden die Reimser benachrichtigt, daß sie sich mit der französischen Zollverwaltung ins Benehmen zu setzen hätten. „Es kommen 20 Millionen schöne Rotziegel für Sie an", sagt man ihnen. „Ja, das wissen wir schon. Und wir freuen uns darüber." „Hier ist die Rechnung." „Welche Rechnung?" „Das Quittungsformular für den Zoll. Es sind 15 000 Francs zu zahlen." Die Reimser lehnten die Schenkung ab. Aber der französische Staat ließ sich nicht lumpen. Er wollte auch etwas zum Wiederaufbau tun. Er ließ die zahlreichen Ruinen abtragen und gewann daraus Ziegel. Das kostete ein bißchen Geld. Und um die Ziegel zu sondern und hübsch rein zu kriegen, zahlte der Staat den braven Leuten, die all diese Arbeit taten, 75 Francs für das Tausend. Als man damit fertig war, verkaufte der Staat dieses fast neue Material — wem wohl? Den Geschädigten? Nein, einem Unternehmer und zwar das Tausend zu 60 Francs.

— **Die Leiche im Schließkorb.** Der grausige Fund eines weiblichen Rumpfes im Schließkorb am 4. Januar 1921 an der Lindener Schiffswerft in Hannover scheint nunmehr seine Aufklärung zu finden. Den Bemühungen der Kriminalpolizei ist es gelungen, als Eigentümerin des Korbes und der Bekleidungsstücke die Haushälterin Johanne Weißkopf, geboren am 6. Sept. 1896 in Remscheid, zu ermitteln. Wegen dringenden Verdachtes der Täterschaft ist der Arbeiter Konrad Gretzke, der dem die Weißkopf bis zu ihrem Verschwinden Haushälterin war, festgenommen worden.

— **Verhafteter Heiratsschwindler.** Die Wiener Polizei hat einen gewissen Alexander Schubert verhaftet, da ein Berliner Kaufmann im Namen seiner Mutter, der Inhaberin einer Pension, die Anzeige erstattet hatte, daß Schubert seiner Mutter, unter dem Vorwande sie zu heiraten, 320 000 Kronen entlockt hatte. Die Vernehmung ergab ferner, daß Schubert auch der Handelsfrau Marie Grießer in Innsbruck einen Betrag von 498 000 Kronen unter der Vorspiegelung herauslockte, er sei mit einer reichen Amerikanerin verheiratet und verfüge momentan nicht über Geld.

— **Der Verbrecher im Schornstein.** Ein eigenartiger Vorgang spielte sich morgens früh zwischen 8 und 9 Uhr in der Gollnowstraße in Berlin ab. Dort wurde von der Polizei ein Verbrecher verfolgt, der über die Dächer flüchtete. Da ihm die Beamten auf den Fersen waren, kroch der Flüchtling in den Schornstein des Hauses 34, wo er in Höhe des dritten Stockes stecken blieb. Alle Versuche, ihn nach oben oder unten herauszuziehen, mißlangen, sodaß die Feuerwehr herbeigerufen werden mußte. Diese stemmte ein Loch in den Schornstein und befreite den Verbrecher, der dann verhaftet werden konnte.

Dortmunder Stadttheater.

Montag, 18. April. 8—10 Uhr. Geschlossene Vorstellung für den Bildungs-Ausschuß der freien Gewerkschaften. „Der Wahrhaftige". — Dienstag, 19. April. 7—10 Uhr. C 28. Operupreise. „Die lustigen Weiber von Windsor". Vorverkauf Sonnabend. — Mittwoch, 20. April. 7½ bis 10¼ Uhr. B 27. Schauspielpreise. „Im Goldnen Schwanen". Vorverkauf Sonntag. — Donnerstag, 21. April. 7—10 Uhr. D 27. Schauspielpreise. „Ein Traumspiel". Vorverkauf Montag. — Freitag, 22. April. 7—10¼ Uhr. A 27. Schauspielpreise. „Hamlet". Vorverkauf Dienstag. — Sonnabend, 23. April. 6—10½ Uhr. Außer Vormiete. Operupreise. „Siegfried". Vorverkauf Mittwoch. — Sonntag, 24. April. 3 Uhr. Geschlossene Vorstellung. 7—10 Uhr. Operupreise. „Die lustigen Weiber von Windsor". Vorverkauf Donnerstag.

Vorverkauf im Verkehrsbüro Kamen (C. Holtmann, Bahnhofstraße.)

Wetterbericht.

17. April: Heiter, Wolken, angenehm, strichweise Regenfälle.
18. April: Veränderlich, milde.
19. April: Wolkig, milde, strichweise Regen.
20. April: Wolken, milde, teils Regen, windig.
21. April: Veränderlich, sehr windig.
22. April: Veränderlich, kühl, windig.
23. April: Wenig verändert.

Vaterland.

Tony v. Broken-Aschenbach.

Wir hatten einst ein schönes Vaterland!
Euch allen ist es wohl noch gut bekannt?
Im Sonnenglanz lag friedlich grüne Flur,
Fortuna schritt auf goldbefäter Spur.
Des stolzen Eichbaums reiche Blätterkrone
Bot Rast in kühlem Schatten dem zum Lohne,
Der treuen Fleiß mit Redlichkeit verband
Und so erwirkte Ruhm dem teuren Vaterland.

Wir haben jetzt ein armes Vaterland:
Aus ihm sind Treue, Ehre, Pflichtgefühl verbannt;
Verschlagen von der Feinde Ueberzahl und Neid,
Verlumpt, zerfetzt, im grauen Bettlerkleid,
Zerfleischt im Innern von der Geier der Wacht
Von Tag zu Tag dem Ende nah gebracht:
Wie dem Verderben Einhalt zu gebieten,
Sei unser Denken, Warten nur hienieden:

Helft alle, daß es werde, wie es war!
Daß aufwärts wieder steigt der deutsche Aar.
Helft, daß ein jeder kann im Frieden schaffen,
Dem Feinde trotzen mit geschärften Waffen.
Helft, Neid in Eifer, Haß in Verstehen wandeln,
Zum Wohl des Vaterlands gemeinsam laßt uns handeln:
Denn was du tust, daß wirkst du für die Deinen!
Um ein verlor'nes Vaterland laß sie dereinst nicht weinen!

Der stille See.

Roman von H. Courts-Mahler.

Nachdruck verboten.

34. Fortsetzung.

Peter Rabenport hatte sich nicht lange seines Erfolges erfreuen können. Nun er den Gipfel seines Strebens erklommen, hatte der Tod die Hand nach ihm ausgestreckt; ganz unerwartet war er an ihn herangetreten, hatte ihn an der Stelle seines rastlosen Wirkens im Kontor aufgesucht, ohne einen Vorboten zu schicken.

Als Ruth von Rochsberg gekommen war, hatte ihr Vater bereits den letzten Atemzug getan. Ganz allein war er gestorben — hatte nicht ein letztes gutes Wort von seinem Kinde mit hinübernehmen können in das Jenseits. Fräulein Hebenstreit hatte ihm die Augen zugedrückt. Die gute Seele weinte jammervoll, und Ruth kostete es Mühe, sie zu beruhigen.

„Ach Gott, ach Gott, liebe Frau Gräfin — ich habe ihm doch all' die Jahre das Hauswesen geführt, und wie Sie fort waren im Pensionat, da hab' ich alles allein besorgt, was er nötig hatte. Und nun ist er tot, und für wen soll ich nun schaffen und sorgen?"

„Sie bleiben bei mir, Fräulein Hebenstreit. Weinen Sie doch nicht mehr. Wir bleiben zusammen."

Das hatte das alte Fräulein wunderbar beruhigt und getröstet. Sie ging nun mit feierlicher Miene umher in ihrem besten „Schwarzseidenen" und wußte so gar nicht, was sie tun und lassen sollte. —

Hans Rochus war durch die Plötzlichkeit dieses Ereignisses tief erschüttert. Hatte er auch Rabenport innerlich nicht besonders nahegestanden, so fühlte er sich ihm doch sehr zu Dank verpflichtet. Peter Rabenport hatte ihm nicht nur die Hand seiner Tochter gegeben, er war ihm auch ein kluger Berater gewesen und hatte ihm geholfen, in ehrlicher Arbeit sich selbst wieder zu finden.

Daß Ruth nicht sehr verzweifelt sein würde über den Verlust, der sie betroffen, hatte er vorausgesehen. Nun fand er sie mit bleichem Gesicht und starren, dunkelumrandeten Augen, fast versteinert im wortlosen Schmerz. Er ahnte ja nicht, daß Ruth in ihrem Innern einen Kampf zu bestehen hatte, der sie elend machte, und neben dem der Schmerz um den Verlust des Vaters wie etwas Wesenloses verblaßte.

Sie sah still und tränenlos in das starre Totengesicht mit einem Ausdruck, als wolle sie eine Frage an das Schicksal tun, worauf sie keine Antwort erhielt.

Hans Rochus umgab sie mit zartester Fürsorge, nahm ihr alles Störende und Unangenehme ab und drang schließlich darauf, daß sie am Abend mit ihm nach Rochsberg zurückfuhr.

Hilde empfing das Ehepaar sehr mißgelaunt. Ruth hatte ihr nur Nachricht von dem Tode ihres Vaters gesandt und war noch nicht wieder in Rochsberg gewesen.

Hilde benutzte diesen Vorfall und gab die Absicht kund, am nächsten Tage nach der Stadt zurückzufahren. Was sollte sie noch hier? Jetzt wurde es vollends trist und langweilig in Rochsberg und mit Ruth und Hans Rochus allein versprach sie sich wenig Amusement.

Als sie hörte, daß Hans Rochus Wendung getroffen und er sie grüßen ließ, flog eine helle Röte in ihr Gesicht. Sie warf einen schnellen Seitenblick auf Ruth. Diese hatte jedoch gar nicht gehört, was ihr Gatte sagte. Sie war mit ihren Gedanken weit ab.

Kühl war am nächsten Tage der Abschied, den die beiden Damen voneinander nahmen. Höflich gab Ruth ihrem Gast das Geleit bis zum Wagen. Sie fühlte sich zu elend, um mit nach der Stadt fahren zu können. Hans Rochus erbot sich, alles Nötige zu ordnen.

Er sagte seiner Frau mit herzlich besorgten Blicken Adieu. Er sah es ihr an, daß sie sich nicht wohl fühlte. Eine Erleichterung gewährte ihm Hildes Heimkehr. Nun würde er doch wieder mit Ruth allein sein.

Als er zu Hilde in den Wagen stieg, rief er ihr zu: „Auf Wiedersehen heute abend, Ruth. Hoffentlich finde ich dich wohler."

„Auf Wiedersehen", antwortete sie leise und sah dem davonrollenden Wagen mit trüben Blicken nach. Hilde hatte Hans Rochus Arm umfaßt und schmiegte sich dicht an seine Seite. Sie schien eifrig und dringend auf ihn einzureden.

Ruth ging mit schweren Schritten wieder hinein. Langsam ging sie durch die große Halle und die Treppe hinauf nach ihren Zimmern. Die hohen Spiegel warfen ihre Gestalt zurück. Wie eine Verkörperung der Trauer sah sie aus in ihrem schwarzen, langfließenden Gewande. Aus dem weißen Gesicht leuchteten die dunklen Augen, als wenn Tränen auf ihrem Grunde ruhten und den Weg nicht fänden.

Müde warf sie sich auf den Diwan und starrte zur Decke empor. Seit ihr Vater gestorben, war mir ein einziger Gedanke in ihr lebendig gewesen: „Jetzt mußt du die Lüge abwerfen, die dich erniedrigt hat vor dir selbst."

Vor kurzer Zeit noch hatte sie diesen Gedanken wie eine Erlösung begrüßt. Sie hätte Hans Rochus alles gebeichtet und in seine Hände die Entscheidung gelegt, wie ihr Zusammenleben fürs künftig gestalten sollte — vor der Welt, — denn an eine innere Gemeinschaft wäre dann nicht zu denken gewesen. Jetzt aber konnte sie sich sparen, seine Entscheidung anzurufen; sie selbst mußte entscheiden, Hildes Geständnis hatte ihr den Weg gezeigt, den sie zu gehen hatte. Ja, sie würde Hans Rochus nach der Beerdigung ihres Vaters erklären, warum sie seine Frau geworden war.

Sie würde mit der Zeit wohl die Erniedrigung vergessen, daß sie die ungeliebte Frau eines Mannes geworden, dessen Herz nach einer anderen verlangt, sie würde vergessen, daß sich ihr Herz in scheuer, aber tiefer Liebe ihm zugewandt. Ja, sie liebte ihren Mann, hatte ihn schon geliebt, ehe sie seine Frau wurde. Weil sie wußte, daß sie ihm angehören mußte, hatte sie ihr Herz an ihn gehängt, mit scheuer Inbrunst aus dem Gefühl heraus, daß ihre Schmach geringer wurde, wenn sie ihn liebte. Sie hatte den Willen zur Liebe gehabt, und ihre Liebe war nicht an heimlichem Zwang gestorben. Sie war erstarkt unter Schmerzen und Demütigungen.

Zu stolz war sie aber in aller Erniedrigung gewesen, um seine Liebe zu betteln. Fest hatte sie verschlossen, was sie bewegte, um nicht ein Mitleid zu wecken. Das hätte sie nicht ertragen.

Seit ihr Hilde gesagt, daß Hans Rochus sie geliebt, da war sie unsagbar elend geworden. Vorher war es ihr fast leicht geworden, mit ihm zusammenzuleben. Seine ritterliche Rücksichtnahme auf ihr Wesen hatte sie ruhig gemacht. Als sie aber erfuhr, daß er eine andere liebte, da wußte sie nicht, wie sie es ertragen sollte, weiter neben ihm zu leben, als seine Frau.

Und nun hatte das Schicksal sie von dieser schwersten Demütigung erlöst. Sie dachte darüber nach, was sie ihrem Manne alles sagen wollte, wie sie die Worte setzen mußte, um ihn zu überzeugen.

(Fortsetzung folgt.)

? **Münster, 11. April. (Ein vergrabener Schatz.)** In der Kürassierkaserne waren dieser Tage aus dem Büro eines Wachtmeisters 10 000 Mark gestohlen worden. Der Täter wurde entdeckt; er hatte das Geld auf dem Felde hinter der Kaserne vergraben.

? **Elberfeld, 15. April. (Fluchtversuch.)** Der Polizeibericht meldet: Gestern morgen wurden von zwei Beamten der Schutzpolizei der entwichene Fürsorgezögling Eduard B. und der Italiener Romeo M. festgenommen, als sie im Begriff waren, eine Armeepistole mit 16 Patronen und eine Rolle Kupferdraht zu verkaufen. Während M. gutwillig mit dem einen Beamten zur Wache ging, versuchte B. den ihn haltenden Beamten zu Boden zu werfen und zu entfliehen. B. war vorher wiederholt von dem Beamten darauf aufmerksam gemacht worden, daß er bei einem Fluchtversuch auf ihn schießen würde. Als nun B. sich gewaltsam losriß und flüchtete, schoß der ihn verfolgende Beamte auf ihn, nachdem er ihm wiederholt Halt zugerufen hatte. B. wurde durch einen Schuß in die linke Schulter verletzt und zum Krankenhaus geschafft. Lebensgefahr besteht nicht. Bei B. handelt es sich um einen wegen schweren Diebstahls schon vorbestraften Menschen.

** **Wald, 14. April. (Raubmörder verhaftet.)** Hier wurde der Arbeiter Giesen festgenommen, der sich hier mit falschem Namen aufhielt und von der Staatsanwaltschaft in Duisburg wegen Raubes gesucht wird.

? **Solingen, 15. April. 10 000 Kilo Stahl,** die in Dortmund gestohlen wurden, haben die Hehler mittels Kraftwagens hierher geschafft und verkauft. Auf der Rückfahrt wurden sie in Gräfrath erwischt und festgenommen. Es wurden bei ihnen 16 000 Mark beschlagnahmt.

** **Mülheim-Ruhr, 15. April. (Stiftungen.)** Anläßlich des 50jährigen Geschäftsjubiläums der Firma August Thyssen sind Stiftungen in Gesamthöhe von 1 520 000 Mark gemacht worden, die für Krankenhäuser, Pfarren und Waisenhäuser verwandt werden sollen.

** **Duisburg, 14. April. Wegen verschiedener Raubüberfälle** und Verbrechen waren vor der Duisburger Strafkammer 2 Schwerverbrecher abgeurteilt worden. Während einer 1 Jahr und 9 Monate Gefängnis erhielt, wurden die Verhandlungen gegen seinen Komplizen vertagt. Auf dem Rücktransport zum Gefängnis überfiel der Haupttäter den Justizwachtmeister und versetzte ihm mehrere Schläge mit einer Eisenstange über den Kopf, worauf beide die Flucht ergriffen. Der Haupttäter entkam, während der andere von dem Justizwachtmeister trotz dessen schweren Verletzungen wieder festgenommen wurde. Der Ueberfallene mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

(W) **Duisburg, 15. April. (Erster Beigeordneter und Polizeiinspektor verhaftet.)** Gestern nachmittag verhaftete die französische Besatzungsbehörde den ersten Beigeordneten, Regierungsrat Dr. Malweg, und den Polizeiinspektor Klein ohne Angabe von Gründen. Die Verhafteten wurden in das Gerichtsgefängnis übergeführt.

Duisburg, 15. April. (Die Besatzungsbehörden und die Gewerkschaften.) Die Polizeiverwaltungen des besetzten Gebietes haben von den Besatzungsbehörden den Befehl erhalten, auf dem schnellsten Wege einen Fragebogen von den Gewerkschaften ausfüllen zu lassen, der nicht nur die genaue Angabe des Sitzes der Organisation, sondern auch genaue Angaben über die Wohnung der Vorstandsmitglieder, die politische bezw. wirtschaftliche Richtung der Organisation, die Anzahl der Streiks politischer und wirtschaftlicher Art, an denen die betreffenden Gewerkschaften beteiligt waren, sowie die Namen der tätigsten und einflußreichsten Mitglieder verlangt. Die Gewerkschaften haben erklärt, daß sie die Beantwortung der Fragebogen ablehnen, da nach den deutschen Gesetzen eine Grundlage für die Beantwortung solcher Fragebogen nicht gegeben sei. Sie werden ihren Standpunkt auch nicht aufgeben auf die Erklärung der Polizeiverwaltungen hin, daß sie dann die Folgen zu tragen haben werden und sind vielmehr gewillt, auch schärferen Maßnahmen der Besatzungsbehörden gegenüber fest zu stehen.

? **Düsseldorf, 15. April. (Beim Schmieren hereingefallen.)** Nach einer Unterredung mit dem Kaufmann Max Schneider wegen einer Schlafzimmerwohnung fand der Beamte des Wohnungsamtes auf seinem Schreibtische einen Briefumschlag mit einem Tausendmarkschein. Schneider, der sich wegen Bestechung vor der Strafkammer verantworten mußte, wollte den Umschlag versehentlich liegen gelassen haben. Das Gericht glaubte ihm nicht, sondern erkannte auf 1000 Mark Geldstrafe und Einziehung des Tausendmarkscheines. — **Wegen Fahrgeldhinterziehung** bei der städtischen Straßenbahn verurteilte die Strafkammer einen Gärtner zu drei Monaten Gefängnis. Der Verurteilte hatte sich auf die mehrfache Frage des Schaffners, ob noch jemand ohne Fahrschein sei, nicht gemeldet. Er wandte ein, der Wagen sei besetzt gewesen, und er habe keine Gelegenheit gehabt, sich dem Schaffner bemerkbar zu machen. Da der Angeklagte wegen Betrugs schon vorbestraft ist, fand dieser Einwand keinen Glauben.

** **Köln, 12. April. Die Sammlung für die Deutsche Kinderhilfe in Köln ergab 643 000 Mark.** Dieser Betrag erscheint äußerst gering im Vergleich zu den Ergebnissen in anden Städten. So ergab z. B. die Sammlung in M.-Gladbach, das 65 000 Einwohner hat, 1½ Million Mark.

** **Köln, 15. April. (Kindesmörder vor Gericht.)** Vor dem hiesigen Schwurgericht hatten sich die Hebamme Berthold Roesch, die Metzgersgattin Wilhelm Brüning und deren Tochter Meta wegen Kindesmordes zu verantworten. Letztere gebar unehelich, und da der Vater verheiratet war, mochte sie das Kind nicht leiden. Zwei Tage nach der Geburt drückte die Hebamme dem Kinde einen Leinenlappen in den Mund, worauf es starb. Der Mann der Hebamme vergrub die Leiche im Walde. Ein taubstummer Schuhmacher grub sie wieder aus und brachte sie zum Bürgermeister. Die Hebamme wurde wegen fahrlässiger Tötung zum Strafmaximum von fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Mutter und Tochter wurden von der Anklage der Anstiftung zum Mord freigesprochen.

? **Aus Rheinhessen, 9. April. Die Krähenplage** wird in Rheinhessen zu einer schweren Kalamität. In Scharen von vielen Tausenden sieht man die Saatkrähen über die jetzt frisch mit Sommersaat bestellten Felder ziehen. Um der Krähenplage zu begegnen, hat man in einzelnen Gemeinden die Schußprämie auf 3 Mark für das Stück erhöht.

** **Saarbrücken, 9. April. Die Beraubungen von Eisenbahnsendungen** nehmen auch im Saarbrücker Gebiet einen geradezu erschreckenden Umfang an. Millionenwerte werden verschoben. Erst vor kurzem ist eine derartige Millionenschiebung von Beamten der Bahnpolizei aufgedeckt worden und in der nächsten Zeit wird wieder ein solcher Fall vor der hiesigen Strafkammer zur Aburteilung gelangen. In einer außerordentlichen Strafkammersitzung wurden 27 Rangierer vom hiesigen Hauptbahnhof, alles junge Leute von 18 bis 26 Jahren, die Kognak, Schuhe, Kleidungsstücke und Stoffe aus Eisenbahnwagen gestohlen hatten, zu Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis 1½ Jahren verurteilt. Der Anklagevertreter hatte schwere Zuchthausstrafen beantragt.

Englands beste Kunden.

Unter vorstehender Ueberschrift bringt die englische Zeitschrift Common Sense einen Ueberblick über den vor dem Krieg gepflogenen Handel Englands mit seinen besten Kunden Indien und Deutschland. Im Jahr 1913 betrug die Gesamtausfuhr nach Indien 71 670 000, nach Deutschland 60 500 000, nach den Vereinigten Staaten 39 453 000, nach Frankreich 39 883 000 Pfund Sterling. Die Ausfuhr nach Indien sei durch die Zollpolitik Lloyd Georges und seines getreuen Adjudanten Montagu schon erheblich eingeschränkt worden und werde weiterhin eingeschränkt werden. Ueber den Handel mit Deutschland schreibt das Blatt:

Wie Lloyd George im Unterhause berichtet hat, war der Handel mit Deutschland im Begriff, sich zu erholen. Aus- und Einfuhr nahmen zu. Was tut Lloyd George? Die Deutschen kommen auf seine Einladung nach London, um über die Entschädigung zu beraten. Sie machen ein anständiges Angebot, — wahrscheinlich mehr, als sie bezahlen können. Es wird verworfen. Dann nehmen sie seinen Vorschlag an, für fünf Jahre. Er sagt, das sei lächerlich, bricht die Konferenz ab, läßt entgegen seinem eigenen Vertrag Truppen in Deutschland einmaschieren und bringt einen phantastischen Gesetzentwurf ein, nach dem die britischen Einfuhrhändler mit deutschen Waren die deutsche Kriegsentschädigung zahlen sollen. Das wird natürlich den Handel mit Deutschland zum Stillstand bringen, denn wer wird deutsche Waren kaufen, wenn er 50 Prozent ihres Wertes an unsere Zollstellen zu zahlen hat?

Die Zeitschrift macht ihrem Namen: Gesunder Menschenverstand Ehre; doch möge man sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß es die Stimme eines Predigers in der Wüste ist.

Wilson über die Frage der Kriegsschuld.

In einer Ansprache an den Städtischen Frauenklub in Cincinnati, Ohio, erklärte Wilson am 26. Oktober 1916 über den Anlaß zum Kriege folgendes: „Ist Ihnen jemals bekannt geworden, was den gegenwärtigen Krieg hervorgerufen hat? Wenn ja, so wüsche ich, daß Sie es veröffentlichen, denn soweit ich unterrichtet bin, hat noch niemand es bekanntgemacht. Kein besonderer Anlaß hat ihn hervorgerufen, sondern die Gesamtheit der Umstände. Ein gegenseitiges Mißtrauen war in Europa entstanden, ein gegenseitiger Argwohn bezüglich der Handlungen dieser und jener Regierung, eine Verstrickung in Bündnisse und Verständigungen, ein enges Netz von Ränken und Spionage, das mit Sicherheit die ganze Menschheitsfamilie jenseits des Wassers in seinen Maschen fangen mußte."

Weitere Nachrichten.

— **12 Millionen Franken auf gefälschte Aktien.** Der in weiten Kreisen Elsaß-Lothringens bekannt gewordene Ingenieur Adolf Rey aus Bischofsheim hat jetzt ein unerwartetes Ende seines öffentlichen Wirkens gefunden. Rey beschäftigte unter deutschem Regime sehr das Publikum mit der Erfindung und dem Vertrieb eines Lanzenbootes. Da ihm lange Zeit durch die deutsche Armeeverwaltung eine Entschädigung angeblich vorenthalten wurde, veröffentlichte er seine „offenen Briefe" an den deutschen Kaiser, sobald dieser seine alljährlichen Besuche in Elsaß-Lothringen machte. In eingeweihten Kreisen galt Rey allerdings nicht als der eigentliche Erfinder des Lanzenbootes, so daß die moralischen Erfolge seiner gegen der deutsche Heeresleitung unternommenen Kampagne nicht einwandfrei waren. Seit dem Waffenstillstand lebte Rey arg ziemlich großem Fuße, bis er auf Betreiben der Staatsanwaltschaft Metz jetzt verhaftet wurde. Er hatte sich nämlich nach dem Waffenstillstand Aktien der sequestrierten Hüttenwerke von Rombach und Aumetz in Lothringen „verschafft" und dem Generalliquidator dieser Werke diese Aktien zur Flüssigmachung vorgelegt, wodurch er bereits bemahe 12 Millionen Franken erzielt hat. Sämtliche Abschnitte waren aber gefälscht, was jedoch zu spät erkannt worden ist.

— **Das Kuchenblech als Lebensretter.** Ein Eisenbahnunfall, der durch einen glücklichen Umstand ohne schwere Folgen blieb, hat sich auf der Strecke Oranienburg — Berlin zugetragen. Die 11jährige Frieda M. aus Hohen-Neuendorf, die in Oranienburg zu Besuch gewesen war, stieg dort zur Rückfahrt in einen Leerzug, ohne daran von Bahnbediensteten gehindert zu werden. Der Zug durchfuhr die Station Stolpe, wo die Kleine den Zug verlassen wollte, ohne Halt mit einer Geschwindigkeit von etwa 50 Kilometern. Das Kind sprang auf dem Bahnhof aus dem fahrenden Zug. Es hatte dabei ein Kuchenblech vor den Oberkörper gepreßt und kam trotz des gefährlichen Sturzes mit dem Leben davon. Eine schwere Gehirnerschütterung, sowie verhältnismäßig geringfügige Verletzungen waren die Folgen des Sturzes.

Hochstapeleien eines Betrügerpaares

Baron und Baronin v. Kettler nannte sich ein Schwindlerpaar, das jetzt in einem Hotel in Charlottenburg von der Kriminalpolizei verhaftet wurde, nachdem es in Groß-Berlin und in Hamburg große Betrügereien verübt hatte. Das Paar trat, wie das „Berl. Tgbl." meldet, schon vor zwei Jahren in Berlin auf und wurde wegen Kreditschwindeleien verhaftet. Es gelang ihm aber, aus der Untersuchungshaft entlassen zu werden, und es wandte sich nun zunächst nach Hamburg. Auch dort fand das Paar Einlaß in vornehme Gesellschaftskreise. Der „Baron" und die „Baronin" arbeiteten besonders mit Erbschaften. Er wollte in Amerika 18 000 Dollar, seine Frau in Dänemark ebenfalls eine größere Summe geerbt haben. Papiere in englischer Sprache schienen die Erzählungen zu bestätigen. Auf die Erbschaften verschafften sich die Betrüger, die nur in vornehmen Hotels lebten, mehr Geld, als sie brauchten. Nachdem das Paar aus Hamburg verschwunden war, kam es wieder nach Berlin, um hier seine Schwindeleien wieder aufzunehmen. Zuletzt ließen sich die Betrüger von einem Juwelier eine Perlenkette im Werte von 12 000 Mark zum Verkauf übergeben. Bald darauf erschienen sie mit einem Scheck über 16 000 Mark, den ein Käufer in Zahlung gegeben haben sollte. Der Scheck war auf einige Tage vordatiert. Am Fälligkeitstage kam der „Baron" zu dem Juwelier und zeigte ihm einen Rohrpostbrief, in dem der Käufer bat, mit der Abhebung noch ein paar Tage zu warten. Der Juwelier hatte aber bereits versucht, den Scheck zu Geld zu machen, bei der Bank jedoch erfahren, daß keine Deckung vorhanden war, und daß es schon einigen zwanzig anderen Herren ebenso ergangen war, wie ihm. Auf eine Anzeige hin wurde das Paar jetzt in einem Hotel ermittelt und verhaftet. Der „Baron" entpuppte sich als ein früherer Hauptmann Gerhard v. Kettler, die „Baronin" als seine Geliebte, Frau Betty Blades.

— **In dem englischen Kriegshafen Portsmouth** wütet ein gewaltiges Schadenfeuer, welches auf einem der großen Holzlagerplätze dicht bei den Werften begonnen hat. Das Feuer wurde zuerst von der Wache eines Kriegsschiffes bemerkt, welches sofort Löschmannschaften absandte. Bisher ist es jedoch noch nicht gelungen, den Brand zu löschen, welcher als der größte gilt, der je in Portsmouth vorgekommen ist.

— **Die Zimmerpalmen** sind ein beliebter Zimmerschmuck. Leider gedeihen sie verhältnismäßig schlecht, weil sie meistens falsch behandelt werden, d. h. fast überall an einen falschen Platz aufgestellt werden. Die Palmen verlangen wohl Luft und Licht, vertragen aber weder grelle Besonnung noch übermäßige Hitze, denn sie sind durchschnittlich Kinder subtropischer Gegenden, wo sie im Halbschatten höherer Bäume Schutz vor beiden finden. Sie sollen deshalb von Mai bis Oktober entweder im Freien, an geschützter Stelle oder am sonnigen Fenster hinter einem Spitzenvorhang stehen, damit sie der direkten Einwirkung der Sonne entzogen werden.

Neue deutsche Reparationspläne.

(TU) **Amsterdam, 15. April.** Aus Paris wird gemeldet: Deutschland bereitet neue Reparationspläne vor, die Dr. Simons den Alliierten gern durch die Vermittlung der Schweiz (?) oder der amerikanischen Regierung überreichen möchte. Der Entwurf umfaßt zwei Hauptpunkte: 1. Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete unter Verwendung deutscher Arbeitskräfte und deutschen Materials, wobei den Franzosen ein Gegenwert geboten werden soll dafür, daß französische Arbeiter und französisches Material nicht herangezogen werden. 2. Uebernahme der alliierten Kriegsschulden anstelle einer Reparationszahlung, wobei eine internationale Riesenanleihe als Verrechnungskammer errichtet werden soll.

Kleine Nachrichten.

Wie verlautet, soll der polnische Eisenbahntarif ab 1. Juni wiederum eine Erhöhung erfahren.

Ab Donnerstag wird eine ständige Luftpostlinie in Betrieb genommen werden zwischen Warschau, Prag, Straßburg und Paris.

Wie in Washington verlautet, bereitet die Regierung bewaffnete Zivilformationen vor, die unter Aufsicht des Generals Pershing bei besonderen Anlässen eingesetzt werden sollen, um die reguläre Wehrmacht zu entlasten.

Wie die Blätter aus Wiesbaden melden, wurden vom französischen Militärgericht in Wiesbaden wegen Verbreitung von Flugblättern, die zum Generalstreik auffordern, der Kommunistenführer Greis und 5 Genossen zu Gefängnisstrafen bis zu 6 Wochen verurteilt.

Die führenden Organe in Tirol, voran die „Innsbrucker Nachrichten", erklären, daß trotz des Kesseltreibens der in- und ausländischen Anschlußgegner die Tiroler am 24. d. M. über die Frage des Anschlusses an Deutschland abstimmen werden.

Der frühere Gouverneur von Deutsch-Süd-West-Afrika Generalmajor a. D. v. Leutwein ist in der vergangenen Nacht in Freiburg im Alter von 76 Jahren gestorben.

Wie den Blättern aus Dresden gemeldet wird, ist die Aussperrung in der Zigarettenindustrie beendet worden.

Das B. T. glaubt Grund zu der Annahme zu haben, daß gegenüber dem französisch-polnischen Plane, der die Abtretung des ganzen oberschlesischen Industriegebietes an Polen fordert, von englischer Seite der Standpunkt vertreten werde, daß ungefähr die Kreise Pleß und Rybnik den Polen zugesprochen werden sollen.

Der Breslauer Erzbischof, Kardinal Bertram, verbietet in seinem neuesten Erlaß ausdrücklich allen Katholiken, für die Errichtung einer weltlichen Schule einzutreten und untersagt allen katholischen Eltern, ihre Kinder katholischen Schulen zu entziehen und sie einer weltlichen Schule anzuvertrauen. Ueberdies widerspreche die Gründung weltlicher Schulen und der Erlaß des Reichsschulgesetzes der Reichsverfassung.

Nach einer Mitteilung des Berliner Magistrats wird infolge der fortgesetzten Steigerung fast sämtlicher Produktionsunkosten der Brotpreis erhöht werden, und zwar wird das Großbrot 5 Mark, die Schrippe 15 Pfg. und das 1000-Gramm-Krankenbot 8 Mark kosten.

Zum Landeshauptmann der Provinz Sachsen wurde in der gestrigen Sitzung des Provinziallandtages der Provinz Sachsen Minister Oeser (Dem.) mit 52 Stimmen gewählt. Für seine Wahl stimmten die Demokraten, das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Unabhängigen. Die Kommunisten gaben weiße Zettel ab. Der Kandidat der bürgerlichen Vereinigung erhielt 39 Stimmen.

Wie jetzt bekannt wird, hat im Laufe der vorigen Woche in Jena ein Kommunistenkongreß stattgefunden, an dem gegen 100 Personen, u. a. auch Ausländer, teilgenommen haben.

Der ungarische Ministerpräsident, Graf Teleki, ist zurückgetreten. Sein Rücktritt ist eine Folge seines Verhaltens in der Affäre des ehemaligen Kaisers Karl, das namentlich bei der Partei der kleinen Landwirte große Unzufriedenheit hervorgerufen hat.

Nach einer Pariser Meldung soll ein Komplott gegen das Leben des Exkaisers Karl entdeckt sein. Ob die Geschichte wahr ist, erscheint sehr fraglich.

Der polnische Botschafter übergab dem Grafen Sforza eine Note betreffs Oberschlesiens. Die Note behauptet, daß nach dem Versailler Vertrag die für Polen stimmenden Gebiete diesem zufallen müssen. Polen verlange nichts anderes, als die Anwendung des Versailler Vertrages.

Im englischen Parlament ist ein Nachtragsetat eingebracht worden, der eine Vermehrung der Mannschaften um 300 000 Mann für das Heer und 10 000 Mann für die Luftstreitkräfte vorsieht. Dadurch wird die Heeresstärke auf die Gesamtzahl von 641 000 Mann erhöht.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 16. April. (Zum Begräbnis der Zwangswirtschaft für Milch und Butter.) Die „Hamburger Warte" schreibt: Spätestens am 1. Juni d. J. werden die Schleswig-Holsteiner von einem Schandfleck befreit werden, das schon vor fünf Jahren hätte in die Wolfsgrube geworfen werden müssen. Auch in Milch und Butter hat die Zwangswirtschaft sich selbst aufgehoben, d. h. sie liegt in den letzten Atemzügen. Die Reichsstelle für Speisefette hat die Milchproduktion so in Grund und Boden gewirtschaftet, daß sie es nur noch versucht, sich mit einigem Anstand aus der Affäre zu ziehen. Aber auch das dürfte ihr kaum mehr gelingen. Sie hat dem deutschen Volke in seiner höchsten Not Milliarden aus der Tasche gezogen und der ranzige Geschmack, den sie uns hinterläßt, dürfte ein gutes Gedenken nicht hochkommen lassen. Aus eigener Kraft werden nun die schleswig-holsteinischen Landwirte die Versorgung unseres ausgemergelten Volkes mit Milch und Butter in die Hand nehmen und es wird sich bald zeigen, daß unsere Säuglinge und Kranken die beste Medizin nicht länger zu entbehren brauchen, weil Schleichhandel und Wucher, die unzertrennlichen Begleiter jeder Zwangswirtschaft sind, wie beim Fleisch, aufhören werden.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 15. April. (Mieter-Versammlung.) Bei Kümper findet heute abend eine Mieter-Versammlung statt, in der der Geschäftsführer des Mieterschutz-Vereins Essen einen Vortrag halten wird.

Kamen, 16. April. (Sauerländischer Gebirgs-Verein.) Am Sonntag, den 17. April 1921, wandert der gesamte Verein von Bergkamen (Bahnhof) über Werne, Südkirchen nach Nordkirchen und zurück über Cappenberg. In Nordkirchen wird voraussichtlich das Schloß besichtigt werden. Abfahrt von Kamen-Straßenbahndepot mit dem Wagen um 7 Uhr morgens bis Bergkamen Bahnhof. Die kath. Mitglieder fahren mit dem Wagen um 6 Uhr vom Depot, um am Gottesdienst in Werne teilzunehmen. Abmarsch ab Werne Markt 8 Uhr. Am vergangenen Sonntage wanderte die Jugendgruppe von Kray über Steele, Werden, Kettwig nach Mülheim-Ruhr. An dieser Wanderung beteiligte sich die Jugendgruppe mit 50% der Gruppe. In Kettwig v. d. Brücke wurde abgekocht. Die Kosten für das Mittagessen beliefen sich auf 1,30 Mark für ein Essen. Die Tour verlief sehr günstig und alle fanden sich um 9-Uhr abends in Königsborn bereits wieder ein. In der nächsten Woche läßt der Vorstand eine Liste umlaufen zwecks Einzeichnung für die Himmelfahrtstour (Schiffahrt Oberaden-Henrichenburg). Die Kosten für die Hin- und Rückfahrt betragen 10 Mark und sind bei der Einzeichnung gegen Quittung zu zahlen. Die Quittung ist aufzuheben und zur Kontrolle demnächst mitzubringen. Der Vorstand glaubt bestimmt annehmen zu können, daß sich am Himmelfahrtstage auch die weniger marschtüchtigen Damen und Herren des Vereins einfinden, da in Henrichenburg nur kürzere Wege zurückgelegt werden. Während der Schiffahrt wird die kürzlich gebildete Mandolinen- pp. Gruppe, die schon gute Fortschritte gemacht hat, für Unterhaltung sorgen. Es versäume daher keiner, sich nächste Woche einzuzeichnen.

Kamen, 16. April. (Turnklub Eichengrün.) Die am 9. April tagende Generalversammlung befaßte sich im wesentlichen mit dem am 23. und 24. April zu veranstaltenden Turnfest. Unter anderem wurde beschlossen, für den Kommersabend am 23. ds. Mts., eine kleine Verlosung zu arrangieren und erklärten sich die anwesenden Mitglieder bereit, durch Stiften eines Gegenstandes hierzu beizutragen. Eine Kommission, bestehend aus den Turnern J. Gianonatti, W. Pröpper und W. Rogge nimmt bis zum 2. Freitag, den 22. gestiftete Gegenstände entgegen. Ebenso wurde beschlossen, am Montag, den 25., mit einem gemeinsamen Essen das Turnfest zu beschließen. Dementsprechend wird beim Vereinswirt Herrn Wilh. Dröge, eine Liste, aus welcher alles Nähere zu ersehen ist, aufgelegt und können sich Mitglieder, welche an dem Essen teilnehmen wollen, bis zum 22. dortselbst eintragen.

Kaiserau, 16. April. Der M.-G.-V. Kaiserau feiert am 24. April im Lokale der Frau Wwe. Schmelzer zu Kaiserau sein Frühlingskonzert mit anschließendem Ball. Unter der Leitung seines bewährten Dirigenten Herrn Lehrer Erich Spielberg hat der Verein besondere Erfolge seines Könnens zu verzeichnen und wird auch gelegentlich dieses Konzerts ein geschmackvolles und vielhaltiges Programm entwickeln in Bezug auf Männerchöre und Quartettlieder. Ganz besonders sei auf die Mitwirkung des westfälischen Lautensängers Herrn Erich Hasenow hingewiesen, dem weit über die Grenzen unserer Heimat ein vorzüglicher Ruf seiner Leistungen vorauseilt. Alles in allem versprechen es genußreiche Stunden zu werden und hoffen wir, daß die volksbildende Veranstaltung den gewerten Zuspruch der Bewohner von Kaiserau und Umgegend finden wird. (Näheres siehe späteres Inserat.)

Sport.

Kamen, 16. April. Auf dem Sportplatz Schützenhof hat am Sonntag, 17. April, Sportvereins 1. Mannschaft den Dortmunder Sportverein von 1908 zum Gegner. Die Dortmunder stellen eine gut durchgebildete Mannschaft, die in den letzten Spielen beachtenswerte Resultate erzielt hat. Das Spiel beginnt 3½ Uhr. Vorher, um 2½ Uhr, spielt auf demselben Platze Sportvereins 2. Jugend-Mannschaft gegen die gleiche Mannschaft des Turn- und Sportvereins Hamm.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Kamen.

Paulskirche. 10 Uhr: Gottesdienst, Pastor Giesecking. — **Lutherkirche.** 9 Uhr: Gottesdienst, Pastor Kochs. 11¼ Uhr: Kindergottesdienst, Pastor Ewald. Sonntag 3 Uhr und Dienstag 4¼ Uhr: Kirchentaufen, Pastor Kochs.

Briefkasten.

K., Kamen. Es handelt sich um den Urkundsbeamten einer Stadt.

Weddinghofen 54. Wenn Ihr Nachbar einen andern Platz für das Aufhängen seiner Wäsche zur Verfügung hat, so liegt in seinem Vorgehen eine Schikane und man kann es Ihnen nicht verdenken, wenn Sie sich gegen diese Ungezogenheit wehren. Ersuchen Sie den Vermieter um Abhilfe. Greift er nicht ein, so bleibt Ihnen nur der Klageweg übrig. Doch erscheint es uns zweifelhaft, ob Sie mit Erfolg gegen den Nachbar werden vorgehen können. An der Miete dürfen Sie wegen dieser Sache Abzüge nicht vornehmen.

Verwechseln Sie nicht

Nabo

D. R. Patent.

wie wir es heute herstellen, mit unserer früheren Kriegsware.

Nabo, wie wir es jetzt fabrizieren, ist ein selbsttätiges Waschmittel mit hohem Fettgehalt.

Achten Sie besonders auf den roten Streifen

Friedensware

Märkische Seifen-Industrie.

Ca. 100 Küchen u. Schlafzimmer

in nur guter Qualität äußerst preiswert auch bei geringer Anzahlung abzugeben

Möbelhaus W. Hagemeier jr.
Unna - Kamen.

1771

Aus Reichsbeständen sind im Kleinhandel

billige Salzheringe

erhältlich, die für

30—60 Pfennig das Stück

je nach Qualität und Größe. 1779

an das Publikum

abgegeben werden können.

Man verlange dies vollwertige Nahrungsmittel in den einschlägigen Geschäften. 5274

Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H. BERLIN. Reichsfischversorgung G. m. b. H.

Wormser-Luther-Gedenkfeier

Sonntag, den 17. April, 10 Uhr:

Festgottesdienst

in der Pauluskirche, 9 Uhr in der Lutherkirche.

— 4 Uhr —

Festversammlung

im Evang. Gemeindehause, Klosterstraße.

Montag, den 18. April, 10 Uhr:

Schulgottesdienst

in der Pauluskirche. 1844

Hierzu ladet die Gemeindeglieder freundlichst ein

Das Presbyterium der evang. Gemeinde Kamen.

Schützenhof.

Sonntag, den 17. April, nachmittags 3½ Uhr:

Fussball-Wettspiel

Sport-Verein Dortmund 1908
gegen
Sport-V. Kamen
1913.

1830

Die diesmonatige 1840

Mutterberatung

findet **Dienstag, den 19. April 1921, nachmittags 4 Uhr,** im Wohlfahrtsgebäude am Klosterwege statt.

Städtische Mutterberatung.
Dr. Wiesner.

Auf zum 5. Viertel!

Großes Preiskegeln!

Am **Sonntag, 17. April, ab 11 Uhr vormittags,** findet im Lokale Witwe Hedtfeld, Kamen, Kämerstraße

großes Preiskegeln



statt.

1. Preis	200	Mark	in	bar
2. „	150	„	„	„
3. „	100	„	„	„
4. „	75	„	„	„
5. „	50	„	„	„

Preis des Loses 2 Mark.

Hierzu ladet freundlichst ein **Kegelklub „Alle Neune".** 1818

Auf Wunsch

meiner Patienten halte ich von Sonntag, den 17. April an jedem Sonntag in der Wirtschaft **Witwe Brügmann, Overberge,** Wernerstr., vormittags von 9 bis 1 Uhr nachmittags

Sprechstunden

ab. — Montags von morgens 9 bis 5 Uhr nachmittag bei **Gastwirt Struck in Königsborn.**

Mittwochs von morgens 9 bis 5 Uhr nachmittags bei **Gastwirt Schnickmann in Kurl.**

Behandle Krankheiten aller Art

wie: **Fallsucht, Magen-, Nerven-, Blasen-, Nieren- u. Leberleiden, offene Beine u. aller Art Krankheiten.**

Nachweislich die besten Erfolge.

Karl Steinbach

prakt. Heilkundiger und Homöopath. 1835

Billiges Angebot!

Ia. helles Rüböl	Liter	11.50
Ia. Speck dicken, fetten	Pfd.	10.00
Ia. Schmalz	Pfund	11.50
Ia. Gemüse-Nudeln	Pfund	7.50
Ia. Mischobst	Pfund	5.50
Ia. süße Pflaumen	Pfund	5.50
Ia. kond. Milch	Dose	7.50
Ia. Edamer Käse	Pfund	18.00

P. Bickmann,
Kamen, Weststrasse 21.

1849

Wanderschau

Werne Bz. Münster auf dem Festplatz an der Kamenerstraße.

Am **Sonntag, den 17., Montag, den 18., Mittwoch, den 20., Freitag, den 22., Sonntag, den 24. April:**

Großes Volksfest

zu Gunsten der Waisen des Amtes Werne.

Aufgestellt sind nur erstklassige Fahr- und Schaugeschäfte u. a. **Berg- und Tal-Tunnelbahn, Taifun-Rad, Flieger-Karussell, Salon-Spiegelschaukel, Museum, Panorama, Schießbuden, Hoppla-Hopp, Spiel- und Verkaufsbuden.**

Eintritt: Erwachsene 30 Pfg., Kinder 20 Pfg., wovon die Hälfte des Reinertrages ohne Abzug der Kosten den Waisen zur Verfügung gestellt wird.

Mittwoch, den 20. April: Großes Kinderfest.

Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

1845 **Die Leitung der Wanderschau.**

Linoleum

für **Möbel u. Fußböden,** einfarbig und granit, **Ia. Friedensqualität**

besonders preiswert 640

Tapeten- u. Farbenhaus **Gebrüder Scheele**
Hamm (Westf.), Große Weststr. 24.

Beste Bezugsquelle für Schreinermeister. 1630

Rheumatismus-, Herzschwäche- und Ischias-

Leidenden gebe unentgeltl. Ausk., wie ich von meinem 5jähr. Leiden befreit wurde.

L. Peltzer, Heiligenstadt, (Eichsfeld). 1484

Große Auswahl in

Natur Haarzöpfen

zu bekannt billigsten Preisen.

Anfertigung sämtlicher moderner

Haararbeiten, Zöpfe, Unterlagen, etc.

Damen-Salon

W. Steinmann,
Bahnhofstraße 56,
Telephon 256. 7

Auf Wunsch

meiner Patienten hiesiger Gegend halte ich jeden Mittwoch vormittags von 9—12 und nachmittags von 1—5 Uhr meine Sprechstunden in

Kamen, Rest. Meune, Weststr. 47, ab.

Franziska Portmann, gen. Große
praktische Homöophatin und Heilkundige.

Operationsloses, giftfreies, homöophatisches Heilverfahren. Behandlung sämtlicher Leiden, auch in veralteten Fällen. 1501

Unzählige Dank- und Anerkennungsschreiben höherer und niederer Kreise liegen vor.

Fr. Brinkmann

begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 77

Reinigen Färben

Umpressen

von Herren- u. Damenhüten, Stroh u. Filz schnell und sehr billig.

E. Wette, Kamen,
Bahnhofstrasse 55. 1136

Turnverein Deutsche Eiche Weddinghofen.

1885

Sonntag, den 17. d. M., vormittags 9 Uhr

Versammlung.

Tagesordnung:
1. Zahlung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Besprechung über die neuen Steuern.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Eier

bleiben ein Jahr und noch länger frisch wenn Sie mein

Wasserglas

gebrauchen. 1841

Drogerie H. P. Thiel,

Zwangsinnung d. Schneider u. Damenschneiderinnen für Kamen und Umgegend.

Montag, d. 18. April, abends 6 Uhr, bei Wilhelm Kümper

General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Beschluß der Handwerkskammer zwecks Vergütung d. Lehrlinge.
2. Ausgabe der neuen Statutenbücher.
3. Geschäftliches.
4. Verschiedenes. 1852

Der Vorstand.

Freiwillige Turner-Feuerwehr Kamen.



Dienstag, den 19. April

Gesamtübung.

Der Hauptmann.

Kleinkinderschule am Nordentor.

Sonntag, d. 17. April, vorm. 11¼ Uhr, in der Kinderschule: 1847

Versammlung der Eltern.

Tages-Ordnung:
1. Besichtigung der Schule
2. Besprechung des Festes am 24.
3. Verschiedenes.

Väter, Mütter kommt!

Schwester Lina.
Der Vorstand.

Eheleute

Hygienische Bedarfsartikel aller Art, **Gummiwaren** etc. Kostenloser Rat in allen hygienischen Angelegenheiten. Auskunft und Verkauf Wochentags 9—12 und 2—6 Uhr, Sonntags 9—12 Uhr, 2476

E. Becker, Dortmund
1. Kampstrasse 126, II. Etage, direkt am Körnerplatz, 5 Minuten vom Hauptbahnhof.

Heirat! Viele vermög. Damen wünsch. sich baldigst zu verheirat. Offerten m. auch ohne Vermög., erbitt. sof. Auskunft d. **Concordia, Berlin O., Postamt 34.** p260